

Partizipation im Wandel

Aktive, Bereitschaft zur politischen Teilnahme und Aktionsformen im Wandel

Seminararbeit im Rahmen des Seminars „Parteien im Wandel“
vom Sommersemester 2003
am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern

eingereicht bei
Prof. Dr. Andreas Ladner

vorgelegt von

Michael Schneider

Matrikelnummer

99 – 117 – 459

Höhestr. 26

2563 Ipsach

michael.schneider@evard.ch

Simon Schweizer

Matrikelnummer

00 – 112 - 540

Schärerstr. 19

3014 Bern

simschweiz@gmx.ch

Sarah Colombo

Matrikelnummer

99 – 105 – 918

Lenzenhohlestr. 34

3302 Moosseedorf

sarah.colombo@student.unibe.ch

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Theorie	2
2.1. Partizipation	2
2.1.1. Der Partizipationsbegriff im Wandel	2
2.1.2. Partizipation – Ein theoretischer Zugang	5
2.2. Aktive	9
2.2.1. Die Position der Aktiven innerhalb einer Lokalpartei	9
2.2.2. Rekrutierungsmuster	9
2.2.3. Wertewandel und Partizipation	10
3. Operationalisierung	11
3.1. Aktive, Teilnahme an der Parteiversammlung und Verfügbarkeit von Kandidaten	11
3.2. Bereitschaft zur politischen Teilnahme und Aktionsformen	12
3.3. Aktionsformen im Wandel – Parteizugehörigkeit und Gemeindegrösse	13
4. Hypothesen	14
4.1. Aktive, Teilnahme an der Parteiversammlung und Verfügbarkeit von Kandidaten	14
4.2. Bereitschaft zur politischen Teilnahme und Aktionsformen	16
4.3. Aktionsformen im Wandel – Parteizugehörigkeit und Gemeindegrösse	18
5. Ergebnisse	19
5.1. Aktive, Teilnahme an der Parteiversammlung und Verfügbarkeit von Kandidaten	19
5.2. Bereitschaft zur politischen Teilnahme und Aktionsformen	26
5.3. Aktionsformen im Wandel – Parteizugehörigkeit und Gemeindegrösse	31
6. Fazit	35
7. Literaturverzeichnis	37

1. Einleitung

Diese Arbeit entstand im Rahmen des Seminars „Parteien im Wandel“, durchgeführt an der Universität Bern von Prof. Dr. Andreas Ladner, und befasst sich mit dem Aspekt der politischen Partizipation auf kommunaler Ebene.

Die zu untersuchende Fragestellung lautet: Wie wirkt sich die Positionierung der Lokalparteien auf der Links–Rechts-Achse, sowie die Grösse der Gemeinde, in welcher eine bestimmte Lokalpartei aktiv ist auf die Bereitschaft der Parteianhänger zur politischen Teilnahme aus? Dabei sollen neben dem Grad der Partizipationsbereitschaft auch betrachtet werden, wie sich die genannten Faktoren auf die Art und Weise der Beteiligung auswirken. Zentral ist dabei die Unterscheidung zwischen konventionellen und unkonventionellen Aktionsformen.¹

Empirische Grundlage der vorliegenden Untersuchung bilden die von Geser et al. erhobenen Daten. Geser, Ladner, Schaller und Ballmer-Cao haben zum Verständnis von Parteien, deren Entwicklung, zur ideologischen und sachpolitischen Orientierung, Anlagestruktur, Finanzierung, Binnenorientierung und politischer Aktivitäten eine schriftliche Umfrage unter den Parteipräsidenten der Schweizer Lokalparteien durchgeführt. Diese erfolgte 1989 und 2002/03 mit praktisch identischen Fragebogen.

Die Rücklaufquote der Parteipräsidentenbefragung war in beiden Befragungen relativ hoch. 2002/03 liegt sie im deutschsprachigen Gebiet mit 1994 beantworteten Fragebogen leicht tiefer und dafür im französischsprachigen mit 399 etwas höher und im italienischsprachigen mit 262 fast gleich wie in der letzten Umfrage.² Aufgrund der robusten Daten kann von einer bedeutenden Repräsentativität ausgegangen werden.

Die gewonnenen Daten wurden mit Hilfe des Statistikprogramms für Sozialwissenschaften SPSS elektronisch verarbeitet. Auch wir haben die für unsere Arbeit benötigten Berechnungen mittels SPSS durchgeführt.

Nach der Einleitung in diesem ersten Kapitel wird in Kapitel 2 der theoretische Hintergrund zu unserer Arbeit aufgezeigt. Wir beschreiben hier den historischen Kontext und geben eine Definition von Partizipation und ihrer Formen, weiter wird der Begriff der Aktiven einer Partei definiert. In Kapitel 3 werden die zentralen Variablen Aktive, Aktionsformen und Wandel

¹ Vgl. dazu: Kapitel 2.

² Vgl. dazu: <http://www.socio.ch/par/>

der Partizipation operationalisiert. In Kapitel vier werden die unabhängigen Variablen Links–Rechts-Orientierung, Parteizugehörigkeit und Gemeindegrösse in Form von Hypothesen theoretisch mit den abhängigen Variablen verknüpft. Die dabei formulierten Erwartungen werden in Kapitel 5 empirisch überprüft. In Kapitel 6 sind schliesslich die wichtigsten Erkenntnisse zusammengefasst.

2. Theorie

2.1. Partizipation

2.1.1. Der Partizipationsbegriff im Wandel

Der Begriff der Partizipation hat im Verlaufe der letzten drei Jahrzehnte verschiedene Wandlungen erfahren. Die Beschäftigung mit der Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern³ innerhalb der Parteiorganisationen stellt dabei einen relativ jungen Zweig der Partizipationsforschung dar.

In den frühen Sechziger Jahren schien die Parteien- und Verbandsdemokratie geeignet zu sein, eine integrative Lösung aller gesellschaftlichen Probleme leisten zu können. Die vier Regierungsparteien zeigten sich denn auch Willens, alle Probleme über Verhandlungskompromisse anzupacken. In einer Zeit des wirtschaftlichen Wachstums zogen auch die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen die Kooperation der Konfrontation vor. Politische Partizipation mittels Referenden und Volksinitiativen wurde seltener und die Verhandlungsdemokratie schien für politische Stabilität zu sorgen.

Die Demokratie als Verständigungselement unter den politischen Eliten, welche die Interessen ihrer Gruppen zuverlässig vertreten, entsprach einem weithin anerkannten Konzept der damaligen Theoriediskussion.⁴ In diesem Konzept, dem Gruppenpluralismus, war die politische Partizipation der Bürgerinnen auf die Wahlen beschränkt. Dies stellte aber kein Problem dar, denn: War Demokratie nicht Politik durch das Volk, so war sie doch Politik für das Volk. Mancur Olson⁵ vertrat denn auch die Meinung, dass die Partizipation der Bürgerschaft nicht

³ Falls keine für diese Arbeit relevante Differenzierung der Geschlechter vorgenommen wird, gilt die männliche Formulierung der Einfachheit halber jeweils auch für die weibliche.

⁴ Linder, Wolf (1999): Schweizerische Demokratie: Strukturen. Prozesse. Perspektiven. S. 125. Bern.

⁵ Olson, Mancur (1968): Die Logik des kollektiven Handelns: Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen. Tübingen.

als selbstverständlich zu erwarten sei und ein Engagement der Bürger über die Wahlen hinaus eines besonderen Anreizes bedürfe.

Die frühe Partizipationsforschung, welche im Zuge der Demokratisierung und somit der Emanzipation der bürgerlichen Beteiligung betrieben wurde, bestand denn auch gemäss Alemann⁶ hauptsächlich aus Wahlbeteiligungsforschung. Dabei galt gemässigte Wahlbeteiligung als Indikator stabiler, gesunder Demokratie; plötzliches Ansteigen als unheilvolles Anzeichen krisenhafter Politisierung.

Lipset⁷ stellte ein politisches Desinteresse fest und sprach sogar von einer „Apathie“ der Massen, welche die Elitedemokratie von den Störungen durch untere Schichten verschone.

Im Verlauf der Sechzigerjahre zeigte sich aber, dass die Eliten nicht alle gesellschaftlichen Probleme zu lösen vermochten. Die Sprengkraft der nicht-organisierten und nicht-konfliktfähigen Interessen war bis dahin unterschätzt worden. Ein prominentes Beispiel dafür sind die Bürgerrechtsbewegungen in den USA, welche in der „Civil Rights Bill“ von 1964 gipfelte.

Die „Politik des Protests“⁸ durch spontan entstehende Bewegungen begann auch in Europa Raum einzunehmen. Diese Bewegungen besetzten verschiedene Politikfelder, welche die Regierungen und ihre Parteien vernachlässigt hatten. Dazu gehörten in der Schweiz alte Minderheitsprobleme und der Kampf der regionalen Autonomie (Paradebeispiel: Jura – die Abspaltung vom Kanton Bern). Hinzu kamen die „Neuen Sozialen Bewegungen“, mit ihren übergreifenden Themen Frieden, die Gleichstellung von Mann und Frau, Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs usw.

Organisations- und Politstil dieser Bewegungen waren von unkonventionellen Methoden geprägt und brachten in den Siebziger Jahren die offizielle Politikagenda stark durcheinander. Nach Linder⁹ hält sich bis heute gegenüber den Sechzigerjahren ein deutlich höheres Niveau von Protestaktionen in den verschiedensten Ländern Europas.

⁶ Alemann, Ulrich von (Hrsg.) (1975): Partizipation. Demokratisierung. Mitbestimmung. Problemstellung und Literatur in Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft. Eine Einführung. S. 14. Opladen.

⁷ Lipset, Seymour M. (1960): Political man: the social bases of politics. New York.

⁸ Linder, S. 126.

⁹ Linder, S. 127.

Zwar sind diese Bewegungen in der Zwischenzeit ein Teil unseres politischen Alltags geworden, jedoch haben sie sich mit einer zunehmenden Institutionalisierung seit den Achtzigerjahren entweder den politischen Parteien oder den konventionellen Interessengruppen ein Stück weit angeglichen.¹⁰

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die Partizipationsforschung in einer ersten Phase schwerpunktmässig auf die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen konzentrierte. In einer zweiten Phase kamen unkonventionelle Formen der Beteiligung ins Blickfeld der Politikwissenschaft. Niedermayer und Schmitt kritisieren in diesem Zusammenhang, die Konzentration auf organisatorisch nicht eingebundene Formen der Partizipation verstelle den Blick auf die Partizipation der Bürger innerhalb der Parteien.¹¹ Die Autoren sahen 1983 die Gefahr, dass durch einen Trend hin zu anderen Beteiligungsformen als der Teilnahme an Wahlen „die durch das ‚one man one vote‘-Modell institutionalisierte Grundlage der politischen Gleichheit“ untergraben werde. Die Beteiligung innerhalb von Parteiorganisationen stellen in dieser Hinsicht ein mögliches Korrektiv dar. Wie auch immer man sich zu diesen eher normativ geprägten Überlegungen stellen mag, die Grundfrage, inwiefern sozio-strukturelle Variablen die politische Partizipation innerhalb von Parteiorganisationen zu beeinflussen vermögen scheint nach wie vor der Betrachtung wert. Bürgerpartizipation ist aus der Perspektive der Gemeindepolitik in der Schweiz nicht nur ein „zentrales Wertpostulat demokratisch verfasster Gesellschaften“.¹² Vielmehr hängt etwa das Funktionieren des politischen Systems in seiner heutigen Form davon ab, ob sich jemand findet, der bereit ist das Amt des Gemeindepräsidenten zu übernehmen. Niedermayer und Schmitt konzentrieren sich dabei auf die Frage, inwieweit unter den Aktiven Parteiorganisationen Männer und Personen mit grösseren sozio-ökonomischen Ressourcen überrepräsentiert sind.

In der vorliegenden Untersuchung ist im Anschluss an Geser et. al. ein anderer Zugang gewählt worden. Es soll der Frage nachgegangen werden, inwiefern sich mit zunehmender Grösse einer Gemeinde, in der eine Partei aktiv ist, andere Partizipationsmuster erkennen lassen und ob ein Zusammenhang zur politischen Ausrichtung der Partei besteht.

¹⁰ Linder, S. 127.

¹¹ Niedermayer, Oskar und Hermann Schmidt, (1983): Sozialstruktur, Partizipation und politischer Status in Parteiorganisationen. In: Politische Vierteljahresschrift 24 (3), S. 293.

¹² Niedermayer, S. 293.

2.1.2. Partizipation – Ein theoretischer Zugang

Der Begriff Partizipation kann in unterschiedlichen verwandten Termini ausgedrückt werden: „*Teilhabe, Beteiligung, Demokratisierung, reale, direkte, inhaltliche (Basis-)Demokratie, Mitbestimmung, Mitwirkung, Selbstbestimmung, Selbstverwaltung, Selbstverantwortung, Autonomie etc.*“¹³ Diese Begriffe lassen sich nach Gebrauchsbereichen gruppieren. Partizipation beinhaltet dabei alle Mittel oder Formen, welche zur Realisierung bestimmter Ziele oder Werte nötig sind.

Nach Schmidt¹⁴ und dem politisch-öffentlichen Sprachgebrauch versteht man unter politischer Beteiligung die „*Institution der Teilhabe an der Meinungs- und Willensbildung und der Entscheidungsfindung in politisch-öffentlichen Angelegenheiten und hierauf bezogenen Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürger*“.

Im Rahmen dieser Arbeit steht Partizipation jeweils als Synonym für politische Partizipation, politische Beteiligung oder politische Teilnahme. Diese ist vor allem in der Schweiz für viele Bürger keine Selbstverständlichkeit. Bei Verfassungsabstimmungen und Referenden liegt die durchschnittliche Stimmbeteiligung lediglich bei rund 40%.¹⁵ Entsprechend kann hinsichtlich unserer Fragestellung davon ausgegangen werden, dass die Zahl der Personen, welche zur aktiven Mitarbeit in einer Lokalpartei bereit sind, erheblich geringer ist, als die Zahl der Personen, die dazu als Schweizer Bürger berechtigt wären. Der Begriff ‚Partizipationspotential‘ wird von Ladner in der Untersuchung zu Aktivitäten von Lokalparteien zur Verwirklichung ihrer politischen Ziele aufgenommen. Im Anschluss daran meint der Begriff im Folgenden die Zahl der Personen, die zur Mitarbeit bereit sind und gleichzeitig die Intensität der Teilnahme. Vom Partizipationspotential hängt gemäss Ladner die Bereitschaft der Parteimitglieder ab; die Teilnahmehäufigkeit bestimmt also das Potential.¹⁶

Buse und Nelles listen individuelle Merkmale auf, die einen Einfluss darauf ausüben, ob sich eine Person politisch beteiligt:¹⁷ Je höher der sozioökonomische Status, gemessen an Bildungsstand, Einkommen und Berufsstand, umso grösser ist die Zahl der Teilnahmeakte (sozioökonomischer Faktor). Männer beteiligen sich mehr als Frauen und ethnische Minderhei-

¹³ Alemann, S. 16.

¹⁴ Schmidt: Manfred G. (1995): Wörterbuch zur Politik. S. 739. Stuttgart.

¹⁵ Linder, S. 128.

¹⁶ Ladner, Andreas in: Geser, Hans (1991): Organisierte Gruppen in der Gemeindepolitik. S. 282.

¹⁷ Buse, Michael und Wilfried Nelles: Formen und Bedingungen der Partizipation im politisch/administrativen Bereich. In: Alemann, Ulrich von (Hrsg.) 1975: Partizipation. Demokratisierung. Mitbestimmung. Problemstellung und Literatur in Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft. Eine Einführung. S. 47. Opladen.

ten zeigen eine geringere Teilnahme als die Mehrheit der Bevölkerung (soziodemographische Faktoren). Persönlichkeitsstarke, kontaktfreudige, gesellige und selbstbewusste Menschen partizipieren stärker als furchtsame, unsichere und verschlossene Persönlichkeiten (Determinanten der Persönlichkeit). Das Bewusstsein, durch politische Beteiligung Veränderungen Bewirken zu können, gilt als motivierender Faktor (Einstellung und Erwartungshaltung). Daraus ergeben sich kausale Erklärungsmuster für die politische Beteiligung:

- Wahrnehmung von Problem- und Mangellagen und von Betroffenheit, sowie Informiertheit
- Interessenartikulationsfähigkeit
- Einstellungsfelder und politische Kultur
- Politische Sozialisation
- Motivation und Gratifikation
- Zeitbudget

Ausschlaggebend für die politische Partizipation ist hierbei speziell *„den Bevölkerungsschichten, die auf die Leistungen der staatlichen Organe in besonderem Masse angewiesen sind, bisher aber nur in geringem Umfang am politischen Prozess teilgenommen haben, durch eine Veränderung der Voraussetzungen von politischer Bildung und Sozialisation, von Motivationsstrukturen und unmittelbarer Gratifikation eine grössere Intensität der politischen Partizipation zu ermöglichen.“*¹⁸

Während sich Buse und Nelles mit individuellen Merkmalen befassen, die politische Partizipation begünstigen, untersuchen Geser et al. daneben den Einfluss von Kontextvariablen wie etwa der Gemeindegrösse.

Geser argumentiert dabei organisationssoziologisch, dass Partizipation gerade auf kommunaler Ebene oft mit viel kleineren Kapazitäten informeller Netzwerke und wenigen potentiellen Anhängern entsprechend benachteiligt sei, dass aber vor allem meist ein ausreichend ausdifferenzierter oder gar professionalisierter Führungsapparat fehle. Mit der Bevölkerungsgrösse steigt jedoch der Institutionalisierungsgrad und dieser korreliert mit den unterschiedlichsten partizipationsrelevanten Variablen wie Formalität, neue Gruppierungen, Vielfältigkeit politi-

¹⁸ Buse, in Alemann, S. 47.

scher Fragen, nichtorganisierte Artikulation und verankerte Partizipationskultur.¹⁹ Als empirische Ergebnisse zur kommunalen Partizipation kann er dazu festhalten:

„Am vielseitigsten wird die politische Aktivität der Ortsvereine durch das ganze Spektrum von demographischen, ökonomischen, politischen und kulturellen Einflussfaktoren bestimmt. Kommunalpolitisch engagierte Ortsvereine sind vor allem in grösseren Gemeinden deutschsprachig-katholischer Landesregionen zu finden, die eine diversifizierte nichtlandwirtschaftliche Wirtschaftsstruktur und eine relativ wohlhabende und überwiegend innerhalb der Gemeinde erwerbstätige Bevölkerung aufweisen. Überdies wird ihre politische Aktivität begünstigt, wenn die Gemeindeorganisation dank Legislative, zahlreichen Spezialkommissionen und vollamtlichen Präsidenten ein hohes Niveau kommunalpolitischer Aktivität aufrechterhält und für politische Vorstösse zahlreiche Ansatzpunkte bietet.“²⁰

Aufgrund des Gesagten scheint eine Betrachtung der Kontextvariabel Gemeindegrösse nicht gerechtfertigt.

In welcher Weise die Lokalparteien ihr Partizipationspotential nutzen, hängt von den gewählten Formen politischer Artikulation ab. Ganguillet unterscheidet zwischen konventionellen und unkonventionellen Artikulationsformen²¹, wobei diese nicht als substitutiv (einander ersetzend), sondern als kumulativ (gleichzeitig und positiv korrelierend) verstanden werden. Dabei spielen die institutionellen Bedingungen eine massgebliche Rolle:

„Die konventionellen Formen sind Formen, für welche entweder institutionelle Kanäle offen stehen (Rekurse, Petitionen, Referenden, Volksinitiativen), oder die zum etablierten und in der Bevölkerung akzeptierten Repertoire politischer Aktivierung gehören (Kundgebungen, öffentliche Aufrufe, Solidaritätsaktionen, Gruppengründungen). Bei den unkonventionellen Artikulationsformen handelt es sich um politische Aktivitäten, die innerhalb eines Kontextes beziehungsweise Kulturbereichs nicht den Normen und Vorstellungen entsprechen, die die betreffende Bevölkerungsmehrheit über akzeptierbares politisches Verhalten hegt.“

¹⁹ Geser, Hans (1991): Organisierte Gruppen in der Gemeindepolitik. In: Schweizerische Jahrbuch für Politische Wissenschaft 31/1991. S. 89.

²⁰ Geser, (1991) S. 102.

²¹ Ganguillet, Gilbert: Formen der politischen Artikulation. In: Kriesi, Hanspeter et al. (Hrsg.) (1981): Politische Aktivierung in der Schweiz 1945 – 1978. S. 439-440. Diessenhofen.

Ganguillets Überlegungen betreffen eher Einzelpersonen oder Gruppen. Trotzdem sind sie für die Untersuchung des Partizipationspotenzials in Lokalparteien von Belang. Aus der Perspektive der Parteien scheint es aber begrifflich eher sinnvoll von Aktionsformen zu sprechen. Diese lassen sich im Anschluss an Ganguillet wie folgt systematisieren:

Tabelle 1: Konventionelle und unkonventionelle Formen der politischen Artikulation.

Konventionelle Formen	Unkonventionelle Formen
Kundgebungen	Informationsaktionen
Öffentliche Aufrufe	Ultimativen
Sammlungen	Demonstrationen
Freiwilligeneinsätze	Demonstrative Aktionen
Eigentätigkeiten	Boykottaktionen
Organisationsgründungen	Besetzungen
Abspaltungen/ Selbstaflösungen	Störaktionen
Beschwerden	Symbolische Angriffe
Petitionen	Physische Angriffe
Referenden	Zerstörungen
Initiativen	

Es scheint plausibel, dass im Hinblick auf Parteien ähnliche Mechanismen die Wahl der Aktionsform bestimmen wie auf individueller Ebene. Je nach politischer Orientierung der Partei und Kontext in dem sie sich bewegt, erscheinen andere Aktionsformen sinnvoll und den sozialen Normen entsprechend.

In dieselbe Richtung weisen die Ergebnisse der Studie von Buse et al.: „Stärker unkonventionelle Partizipationsformen treten dabei nur dann auf, wenn es sich um „extreme“ Bevölkerungsgruppen oder um „extreme“ Konfliktfälle handelt.“ Ebenfalls trifft zu, dass Beteiligungsformen eher realisiert werden, wenn das Risiko (von sozialen Konflikten und Normverletzung) nicht gross ist.²²

²² Buse, Michael, Wilfried Nelles und Reinhard Oppermann (1977): Determinanten politischer Partizipation. Theorieansatz und empirische Überprüfung am Beispiel der Stadtsanierung Andernach. S. 205-207. Meisheim am Glan.

2.2. Aktive

2.2.1. Die Position der Aktiven innerhalb einer Lokalpartei

Zu den Aktiven werden jene Mitglieder oder Anhänger gezählt, die in irgendeiner Form für die Partei aktiv werden oder sich grundsätzlich für eine aktive Mitarbeit zur Verfügung stellen.²³ Diese Gruppe von Personen ist die wichtigste innerhalb einer Partei, da sie grundlegend zum Weiterbestehen einer Lokalpartei beiträgt und ihr Einsatz zu einem grossen Teil freiwillig und unentgeltlich geleistet wird.

Schaller vergleicht in seinem Beitrag den Organisationsaufbau einer Partei bildhaft mit demjenigen einer Zwiebel.²⁴ Konkret ergibt sich daraus ein Bild für die Struktur einer Lokalpartei: Den Kernbereich stellen die Behördenvertreter zusammen mit dem Vorstand und der Geschäftsleitung. Um diesen Bereich gruppieren sich die Aktiven, denen eine gewisse Mitbestimmung der Parteilinie zugemessen werden kann. Danach folgt, wenn vorhanden, der Kreis der Mitglieder, die eine formelle Beitrittserklärung unterschrieben haben. Eher schwieriger wird es bei der genauen Lokalisierung der Anhänger einer Partei. Die äussersten Ringe bilden die Stamm- und Wechselwähler.

2.2.2. Rekrutierungsmuster

Schaller unterscheidet zwischen inklusiver und exklusiver Rekrutierung.²⁵ Verfährt eine Partei nach dem Muster der inklusiven Rekrutierung, so versucht sie möglichst viele und sehr unterschiedliche Personen anzusprechen. Dies hat zwar eine grosse und breite Anhängerschaft zur Folge, auf der anderen Seite allerdings besteht wenig Motivation zur aktiven Mitarbeit.

Beim Muster der exklusiven Rekrutierung legen die Parteien Wert auf eine homogene Struktur der Mitglieder, wobei von diesen auch erwartet wird, dass sie sich aktiv für die klar definierten Ziele der Partei einsetzen. Aus dieser Rekrutierungsstrategie ist ein vergleichsweise kleiner Kreis von Mitgliedern zu erwarten.

Exklusive Rekrutierungen werden eher linken und grünen Gruppierungen zugeordnet, während inklusive Rekrutierungen eine Eigenschaft bürgerlicher Parteien darstellt. Nach Schaller

²³ Geser, Hans et al. (1994): Die Schweizer Lokalparteien. S.49. Zürich.

²⁴ Schaller, Roland: Anhängerschaft, Mitglieder und Aktive – Zur Grösse der Parteien. In: Geser et al. (1994) S. 40.

²⁵ Schaller, S. 41f.

trifft für den Datensatz 1989 zu, dass die bürgerlichen Bundesratsparteien über eine sehr grosse Anhängerschaft verfügen. Die Zahl ihrer Mitglieder und vor allem ihrer Aktiven ist aber ebenfalls überdurchschnittlich. Die Anhängerschaft bei der SP und bei den Grünen sind vergleichsweise klein, allerdings bleibt auch die Anzahl grüner und sozialdemokratischer Aktiver deutlich unter derjenigen der bürgerlichen Grossparteien.

2.2.3. Wertewandel und Partizipation

Laut einer Untersuchung von Linder aus dem Jahre 1999 waren 1995 in der Schweiz 88% der Befragten mit dem Funktionieren der Demokratie in der Schweiz zufrieden, also mehr als in Deutschland oder in Österreich zu derselben Zeit.²⁶ Im Gegensatz zu diesem hohen Vertrauen, liess jedoch die Teilnahmebereitschaft der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an den Wahlen zu Wünschen übrig: Damals wie heute nimmt weniger als die Hälfte der stimm- und wahlberechtigten Bürger an eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen teil und der Trend der Wahlbeteiligung ist weiterhin sinkend.²⁷

Die Forschung führt für dieses Phänomen vor allem gesellschaftliche Gründe an: Die einzelne Person löst sich aufgrund des Wertewandels und der Individualisierung aus herkömmlichen gesellschaftlichen Bindungen. Davon ist auch jene an die Parteien betroffen, woraus folgt, dass eine Teilnahme an Wahlen, heute nicht mehr als staatsbürgerliche Pflicht, sondern vielmehr als eine Option aufgefasst wird.²⁸

Aufgrund der Untersuchung liegt die Vermutung nahe, dass immer weniger Aktive immer mehr Verantwortung und Aufgaben wahrnehmen müssen. Schaller zieht aus seinen Untersuchungen den Schluss, dass bei einem Vergleich über die Schweizer Gemeinden die Zahl der Aktiven in Gemeinden bis zu 5'000 Einwohnern relativ konstant bleibt. Erst in grösseren Gemeinden ist ein – wenn auch unproportionales - Anwachsen dieser Zahl auszumachen.²⁹

²⁶ Linder, S. 64.

²⁷ Linder: S. 65.

²⁸ Linder: S. 66.

²⁹ Geser, (1994) S.51.

3. Operationalisierung

3.1. Aktive, Teilnahme an der Parteiversammlung und Verfügbarkeit von Kandidaten

Wie lässt sich der Grad, in dem Anhänger einer Parteiorganisation bereit sind, sich innerhalb dieser in der Lokalpolitik zu engagieren, messen? Für die vorliegende Untersuchung wurden dazu drei Indikatoren gewählt. Die vorliegenden Daten lassen es zu, das Verhältnis der Aktiven, d.h. der Personen, die in irgendeiner Form in der Partei aktiv werden oder grundsätzlich für eine Mitarbeit zur Verfügung stehen, ins Verhältnis zu setzen zur Zahl der Anhänger einer Parteiorganisation, verstanden als diejenigen Personen, welche von einer bestimmten Parteiorganisation regelmässig zu den verschiedenen Veranstaltungen eingeladen werden.³⁰ Durch diese Definition werden allfällige Verzerrungen aufgrund der Tatsache, dass ein beträchtlicher Teil der Lokalsektionen keine formelle Mitgliedschaft kennt, vermieden.

Den Lokalparteien kommt in den Gemeinden eine wichtige Rekrutierungsfunktion zu. Von ihrer Fähigkeit, Anhänger zur Kandidatur für ein Amt zu motivieren, hängt es, sieht man von Kleinstgemeinden, in denen es keine Parteien gibt, massgeblich ab, ob und mit welchen Personen diese Ämter besetzt werden können. Das Kandidieren für ein öffentliches Amt ist daher nicht einfach als eine Form der politischen Beteiligung unter vielen anzusehen.

Wegen der zentralen Stellung dieser Form der Partizipation lässt die Antwort auf die Frage, ob vor Wahlen einer Partei jeweils ‚mehr als genug‘, ‚genug‘ oder ‚zu wenig‘ Personen zur Verfügung stehen, die bereit sind, zu kandidieren, Rückschlüsse auf das Partizipationspotential innerhalb einer Partei insgesamt zu.

Drittens soll der Grad der Bereitschaft an parteiinternen Aktivitäten teilzunehmen, gemessen werden. Hier scheint der Anteil der Anhänger, welche an der Parteiversammlung teilnehmen, der geeignetste Indikator. Die Partizipationshürde ist relativ gering, theoretisch ist eine Parteiversammlung denkbar, an der alle Anhänger einer Partei teilnehmen. Dagegen sind etwa die Sitze in den Parteivorständen beschränkt, womit der Zahl der Anhänger, die sich auf diese Weise engagieren, schon rein theoretisch eine Grenze gesetzt ist.

³⁰ Schaller in Geser et al. (1994), S. 42.

3.2. Bereitschaft zur politischen Teilnahme und Aktionsformen

Zur Verwirklichung ihrer politischen Ziele unternehmen die Lokalparteien unterschiedliche Aktivitäten. Diese hängen nach Ladner jeweils von der Bereitschaft ihrer Mitglieder zum Engagement ab.³¹ Entsprechend soll nun das Augenmerk auf die Aktionsformen von Lokalparteien gerichtet werden.

Dabei interessiert der Einfluss der deskriptiven Variablen Links–Rechts-Orientierung, Parteizugehörigkeit und Gemeindegrösse auf die abhängige Variable Aktivitätsbereitschaft von Lokalparteien.

Im Fragebogen zur Umfrage unter den Lokalparteien war in der zweiten Befragung von 2002/03 den Parteipräsidenten die analoge Frage gestellt worden wie bereits 1989: „Bitte geben Sie uns an, wie gross jeweils der Anteil Ihrer aktiven Mitglieder ist, die grundsätzlich bereit wären,...

- an der Gemeindeversammlung das Wort zu ergreifen
- neue Mitglieder zu rekrutieren
- Flugblätter zu verteilen
- Unterschriften für Initiativen/ Referenden/ Petitionen zu sammeln
- an Standaktionen teilzunehmen
- an öffentlichen Protestaktionen (z.B. Demonstrationen) teilzunehmen“

Dabei konnte jeweils angekreuzt werden, ob ‚praktisch alle‘, ‚mehr als die Hälfte‘, ‚ein kleiner Teil‘ oder ‚praktisch niemand‘ von den Aktiven Parteimitgliedern Bereitschaft für die jeweilige Aktionsform zeigt.

Zu den konventionellen Aktionsformen aus der obenstehenden Auswahl zählen wir ‚an der Gemeindeversammlung das Wort ergreifen‘, ‚Mitglieder rekrutieren‘ und ‚Unterschriften sammeln‘.

Zu den unkonventionellen Aktionsformen gehören ‚Flugblätter verteilen‘, ‚Standaktionen‘ und ‚Protestaktionen‘

³¹ Ladner, Andreas: Partizipationspotential und Aktivitäten. In: Geser, Hans et al. (1994): Die Schweizer Lokalparteien. S. 281. Zürich.

3.3. Aktionsformen im Wandel – Parteizugehörigkeit und Gemeindegrösse

Bei welchen Aktivitäten waren 2002/03 mehr Parteianhänger zur Durchführung bereit als 1989 und bei welchen weniger? Durch die Beantwortung dieser Frage soll festgestellt werden, inwiefern sich die Art der politischen Teilnahme in den letzten zehn Jahren verändert hat.

Im Vergleich zur Datenerhebung von 1989 ist eine leichte Zunahme der Bereitschaft zur politischen Teilnahme bezüglich diverser Aktionsformen feststellbar. Problematisch an dieser Feststellung ist aber die Tatsache, dass sie aus dem Vergleich der beiden Datensätze 1989 und 2002/03 resultiert, welche nur teilweise vergleichbare Daten enthalten.

Denn ein Wandel bezüglich der Parteiaktivitäten kann nur dann wirklich festgestellt werden, wenn man ausschliesslich die Aussagen der Lokalparteien berücksichtigt, welche an beiden Umfragen teilgenommen haben. Aufgrund dieser Überlegungen bedienen wir uns des aggregierten Panel – Datensatzes, womit eindeutige Resultate bezüglich Zunahme oder Abnahme der Aktivitäten in Gemeinden und Parteien festgestellt werden können.

Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass neue Gruppierungen, welche nach 1990 entstanden sind und Parteien, welche nicht an beiden Umfragen teilgenommen haben, keinen Eingang in die Berechnungen finden. Aus diesem Grund beschränkt sich die vorliegende Untersuchung auch nur auf sieben auch national aktive Parteien: FDP,CVP,SVP,SP,EVP,LPS,GPS.

Bei den durchgeführten Berechnungen wird der Wandel nach einzelnen Parteien und nach Gemeindegrösse untersucht. ‚Abnahme‘, ‚unverändert‘ und ‚Zunahme‘ sind die Parameter, welche in den Kreuztabellen verwendet wurden.

Gab ein Parteipräsident beispielsweise 1989 an ein kleiner Teil der Parteianhänger sei zu Protestaktionen bereit, 2002/03 aber, dies treffe für mehr als die Hälfte zu, so wurde seiner Lokalpartei bezüglich dieses Items der Wert ‚Zunahme‘ zugeordnet. Auf diese Weise analog wurden alle entsprechenden Variablen rekodiert.

Bezüglich des Wandels nach Parteien sind die Resultate von LPS und GPS mit Vorsicht zu geniessen, da sich die Fallzahlen nur zwischen 15 und 21 bewegen.

Um den Einfluss der Gemeindegrössen abschätzen zu können, haben wir in einigen Berechnungen die Gemeindekategorien bis 499 Einwohner zusammengefasst, damit hinsichtlich der Fallzahlen keine Interpretationsschwierigkeiten entstehen.

4. Hypothesen

4.1. Aktive, Teilnahme an der Parteiversammlung und Verfügbarkeit von Kandidaten

Welche Erwartungen lassen sich, was den Einfluss der Variablen Gemeindegrösse, Orientierung der Lokalpartei auf der Links-Rechts-Achse sowie Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei auf das Partizipationspotential angeht (wobei neben den vier Bundesratsparteien, die LPS, die GPS sowie die EVP betrachtet werden) theoretisch formulieren?

Einen ersten Ansatzpunkt bietet die bereits erwähnte Unterscheidung Schallers zwischen *inklusive* und *exklusive Rekrutierung*. Das Mitgliederprinzip hat in der Schweiz vorab bei linken Parteien Tradition, während es bei den bürgerlichen Parteien bis heute nicht voll durchgesetzt worden ist. Anhand dieser Tatsache lässt sich die Erwartung ableiten, dass im bürgerlichen Lager stärker als bei der Linken eine Präferenz für die inklusive Rekrutierung besteht. Demnach müsste bei diesen Parteien der Anteil derjenigen Anhänger, welche zwar auf lockere Weise mit der Partei verbunden sind, jedoch nicht für eine aktive Mitarbeit zur Verfügung stehen, höher sein. Es kann also folgende Hypothese formuliert werden:

Je weiter links sich eine Partei auf der Links-Rechts-Skala verortet, desto höher ist der prozentuale Anteil der Aktiven an der Anhängerschaft.

Alternativ soll in diesem Zusammenhang eine zweite Hypothese geprüft werden. Man kann vermuten, dass Anhänger von Parteien, welche sich weit links oder weit rechts verorten, stark an ideologischen Grundsätzen orientieren. Geht man davon aus, dass dies eine besonders starke innere Motivation der betreffenden Parteimitglieder zur Folge hat, so ist zu erwarten, dass das Partizipationspotential in den betreffenden Parteien relativ zur Zahl ihrer Anhänger besonders gross ist. Daraus wird folgende Hypothese abgeleitet:

In Parteien, die sich an den Polen der Links-Rechts-Skala verorten, ist sowohl der Anteil der Aktiven als auch der Teilnehmer an der Parteiversammlung höher als bei Parteien der Mitte.

Einen etwas anderen Zusammenhang kann man allerdings erwarten, wenn es um das Angebot an möglichen Kandidaten geht, das einer Partei zur Verfügung steht. Vereinfachend wird davon ausgegangen, dass die Wahl in ein Amt dem Gewählten in nicht wenigen Fällen objektive

Vorteile, etwa Karrierechancen, oder zumindest einen subjektiven Nutzen, wie etwa eine Hebung des Sozialprestiges oder die Befriedigung darüber, sich für eine Sache einsetzen zu können, die dem Betroffenen am Herzen liegt, verschafft.

Dadurch, dass sie Kandidaten aufstellen bzw. ihnen aussichtsreiche oder weniger aussichtsreiche Listenplätze zuordnen, entscheiden die Parteien über die Vergabe derartiger Vorteile mit. Hier haben, theoretisch gesehen, die etablierten Parteien Vorteile, da ihre Kandidaten eher als Personen, die von kleineren Parteien aufgestellt werden, damit rechnen können, gewählt zu werden. Erwartet wird deshalb:

Der Anteil der Lokalsektionen, die Mühe bekunden, vor Wahlen genügend Kandidaten zu finden, liegt bei den Bundesratsparteien tiefer als bei den Nicht-Regierungs-Parteien.

Bezüglich der Auswirkung der Gemeindegrösse auf das Partizipationspotential in Lokalparteien ist zu beachten, dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass die Zahl der Aktiven proportional zur Zahl der Anhänger einer Partei steigt. Schaller begründet dies damit, dass ein guter Teil der Aktiven einer Partei aus Personen besteht, die ein öffentliches Amt bekleiden.³² Auch sehr kleine Gemeinden haben ein gewisses Minimum an Ämtern zu besetzen, weshalb dort der Anteil der Aktiven sehr hoch ist. Zudem wird von der Überlegung ausgegangen, dass es in Gemeinden oberhalb einer bestimmten Grösse einfacher ist, sich Forderungen, man solle sich zum Wohle der Allgemeinheit engagieren zu entziehen, als wenn die persönliche soziale Kontrolle grösser ist. Daraus lässt sich folgende Hypothese ableiten:

Der Anteil der Aktiven an der Anhängerschaft einer Partei ist umso höher, je kleiner die Gemeinde ist, in welcher diese Partei aktiv ist.

In Bezug auf die Verfügbarkeit von Kandidaten muss zudem berücksichtigt werden, dass in Gemeinden mit mehr als 10'000 Einwohnern Exekutivämter oft im Halb- oder Vollamt ausgeübt werden. Es wird deshalb erwartet, dass vorab Parteien in Gemeinden mittlerer Grösse Mühe bekunden genügend Personen zu finden, die zu einer Kandidatur bereit sind.

Der Anteil der Parteien, die eher über zu wenig Kandidaten verfügen, ist am höchsten in Gemeinden mit 2'000-10'000 Einwohnern.

³² Schaller, S. 39 ff.

Theoretisch nicht ganz klar zu fassen ist der Einfluss der Variable Gemeindegrösse auf den prozentualen Anteil der Parteianhänger, die an der Parteiversammlung teilnehmen. Zwei Überlegungen sprechen dafür zu erwarten, dass dieser um so höher liegt, je kleiner eine Gemeinde ist.

Zum einen machen in kleinen Gemeinden die Amtsträger automatisch einen höheren Anteil an den Parteianhängern aus. Es ist anzunehmen, dass diese auch an der Parteiversammlung teilnehmen. Zum zweiten liegt eine mögliche Motivation zur Teilnahme an einer Parteiversammlung darin, dass die Teilnehmenden Informationen über anstehende politische Geschäfte erhalten. Wo es nicht möglich ist, dieselben Informationen aus der medialen Berichterstattung zu erhalten, müsste der Anreiz zur Teilnahme an der Parteiversammlung entsprechend grösser sein. Es wird deshalb analog zu Ladner³³ folgende Hypothese formuliert:

Je kleiner die Gemeinde, in der eine Partei aktiv ist, desto grösser der Anteil der Anhänger der Partei, die an der Parteiversammlung teilnehmen.

4.2. Bereitschaft zur politischen Teilnahme und Aktionsformen

Analog zum vorangehenden Kapitel werden hier die Aktionsformen bezüglich der Verortung auf der Lins-Rechts-Skala zur politischen Einstellung, bezüglich einzelner Parteien und der Gemeindegrösse untersucht, mit dem Ziel Zusammenhänge festzustellen.

Der Anreiz zur politischen Partizipation ist, wie bereits erwähnt, nach Mancur Olson nicht selbstverständlich. Dieser kann die unterschiedlichsten Motive wie eine Protesthaltung im Sinne des Entstehens Neuer Sozialer Bewegungen haben. Man kann also davon ausgehen, dass die Partizipationsbereitschaft allgemein eher tief liegt.

Grundsätzlich ist die Bereitschaft der Lokalparteien Aktionsformen durchzuführen gering.

Mit dem Aufkommen von Neuen Sozialen Bewegungen ist, wie bereits erwähnt, das Niveau von Protestaktionen und von unkonventionellen Partizipationsformen gestiegen. Dies führt zu folgender Hypothese:

³³ Ladner, (1991b) S.63.

Bei den unkonventionellen Aktionsformen ist die Partizipationsbereitschaft grösser als bei den konventionellen.

Schliesslich ist in dieser Untersuchung von Interesse, wie sich die Partizipationsbereitschaft nach Positionierung der Partei auf der Links-Rechts-Skala verteilt. Geht man davon aus, dass linke Parteien eher dem Muster der exklusiven Rekrutierung folgen, so ist zu erwarten, dass die Bereitschaft zu verschiedenen Aktivitäten aufgrund der stärkeren Einbindung der Aktiven eher höher liegt. Zudem sind so mehr Aktionsformen auf unterschiedliche Aktive verteilbar und delegierbar, weshalb sich die Palette der Aktionsformen in Richtung politische Linke verbreitern dürfte. Es kann also folgendes behauptet werden:

Je weiter links sich eine Partei auf der Links-Rechts-Skala zur politischen Einstellung verortet, umso grösser ist ihr Repertoire an Aktionsformen.

Im Theorieteil dieser Arbeit wurde die Unterscheidung von konventionellen und unkonventionellen Beteiligungsformen nach Ganguillet gemacht und festgestellt, dass die politische Aktivierung zur Partizipation entweder mittels institutioneller Kanäle oder ausserhalb derselben geschehen kann, wobei sich die Aktiven ausserhalb der gesellschaftlichen Norm begeben. Wenn man nun annimmt, dass die linken Parteien eher zu exklusiver Rekrutierung neigen und deren Anhängerschaft somit anteilmässig mehr Aktive aufweist, dass aber oft die Linke als Oppositionspartei zu den in der Schweiz generell stärkeren, bürgerlichen Parteien wirkt, so kann bei ihr eher ein normwidriges Partizipationsverhalten vermutet werden:

Linke und oppositionelle Parteien verzeichnen eine höhere Bereitschaft zu unkonventionellen Aktionsformen als rechtere.

Es ist bereits vermutet worden, dass der Anteil der Aktiven an der Parteianhängerschaft mit abnehmender Gemeindegrösse steigt. Dieser Zusammenhang müsste sich, stimmt das Argument, auch auf der Ebene der Bereitschaft zu verschiedenen Aktivitäten feststellen lassen:

In Parteien in kleineren Gemeinden ist die allgemeine Bereitschaft politisch aktiv zu werden grösser.

Gleichzeitig dürfte sich der Anteil an konventionellen und unkonventionellen Partizipationsformen mit der Gemeindegrösse verändern. Mit zunehmender Gemeindegrösse ist eine Tendenz zu mehr unkonventionellen Aktionen zu erwarten. In kleinen Gemeinden dürften die Angst vor Sanktionen im Falle von Regelverstössen und die absolut gesehen geringe Zahl von Mitwirkenden beispielsweise die Durchführung einer Demonstration eher unwahrscheinlich machen. Die Hypothese dazu lautet:

Mit zunehmender Gemeindegrösse steigt die Partizipationsbereitschaft bei den unkonventionellen Aktionsformen.

4.3. Aktionsformen im Wandel – Parteizugehörigkeit und Gemeindegrösse

In den Siebziger- und Achtzigerjahren wurde verschiedentlich ein Trend hin zu unkonventionellen Formen politischer Beteiligung prognostiziert. Begründet wurde dies damit, dass etwa die Teilnahme an einer Demonstration spontan und ohne Einbindung in ein Netz traditionaler Bindungen möglich sei und dadurch mit fortschreitender Individualisierung der Gesellschaft an Attraktivität gewinne. Lässt sich ein solcher Wandel hin zu vermeintlich „moderneren“ Partizipationsformen auch auf der Ebene der Lokalparteien feststellen? Dies soll überprüft werden:

Über alle Parteien gesehen haben unkonventionelle Formen der Partizipation an Akzeptanz gewonnen, die Parteimitglieder sind dazu heute in grösserer Zahl bereit als vor zehn Jahren.

Die Neuen Sozialen Bewegungen haben durch die zunehmende Integration, etwa der Grünen Partei, in der institutionellen Politik an Bedeutung verloren. Es kann deshalb angenommen werden, dass bei der GPS hinsichtlich der Teilnahmebereitschaft der Anhänger eine Verschiebung weg von unkonventionellen und hin zu konventionellen Aktivitäten stattgefunden hat:

Bei der GPS ist die Bereitschaft an konventionellen Aktivitäten teilzunehmen gestiegen.

Die Individualisierungsthese hat noch eine weitere Implikation. Die Parteien müssen anders mit möglichen Wählern kommunizieren, wenn sich ein kleinerer Teil der Wähler einer be-

stimmten Partei verbunden fühlt. Dabei stellt sich die Frage, wie die Parteianhänger auf diese neue Situation reagieren. Es ist deshalb interessant zu erfahren, ob sie eher bereit sind unkonventionelle Aktivitäten durchzuführen, nämlich Flugblätter zu verteilen, an Standaktionen oder Demonstrationen teilzunehmen. Folgende Hypothese soll deshalb überprüft werden:

Die Bereitschaft zu unkonventionellen Aktivitäten wie Flugblätter verteilen, an Standaktionen und an Protestaktionen teilzunehmen hat zugenommen.

Da in Städten der Modernisierungsgrad ohnehin schon vor zehn Jahren relativ hoch war, ist dies vor allem in kleinen und mittleren Gemeinden zu beobachten.

5. Ergebnisse

5.1. Aktive, Teilnahme an der Parteiversammlung und Verfügbarkeit von Kandidaten

Anteil der Aktiven an der Anhängerschaft einer Partei und Situierung auf der Links-Rechts-Achse

Der durchschnittliche Anteil der Aktiven an der Anhängerschaft der Schweizer Lokalparteien lag 2002/03 bei rund 33 %. Erneut bestätigt sich der Befund Schallers, wonach die Unterscheidung zwischen einer „typisch bürgerlichen“ *inklusive* und einer „typisch linken“ *exklusive* Rekrutierung wenig aussagekräftig sei.³⁴ Zwar ist die durchschnittliche Zahl der CVP- und FDP-Anhänger mit rund 85 bzw. 178 Personen deutlich höher als bei der SP mit rund 85 Personen. Es ergibt sich jedoch, wenn man die durchschnittliche Zahl der Aktiven in einer Lokalpartei betrachtet, ein ganz ähnliches Bild: Zählen bei den Mitte-Parteien CVP und FDP durchschnittlich 30,2 bzw. 28,2 Personen zum Kreis der Aktiven, so liegt der Durchschnittswert bei den Sozialdemokraten bei 17,5 Aktiven.

Trifft man die Annahme, es handle sich bei der Links-Rechts-Skala um ein Kontinuum, so lässt sich die Hypothese, der Anteil der Aktiven liege umso höher, je linker sich eine Partei positioniere, mittels einer einfachen bivariaten Korrelation überprüfen. Das Resultat deckt sich mit dem durch den Vergleich der Mittelwerte gewonnenen Eindruck. Zwar weist der statistische Zusammenhang in die erwartete Richtung, ist mit einem Wert von $-0,021$ für den

³⁴ Schaller in Geser (1994), S. 52.

Korrelationskoeffizienten Pearson's r jedoch zu schwach, als dass sich daraus eine Verifizierung der Hypothese ableiten liesse.

Kontrolliert man den Einfluss der Einwohnerzahl einer Gemeinde, so verändert sich das Bild nur unwesentlich. Errechnet wurde ein Korrelationskoeffizient von $-0,0325$, wobei der Zusammenhang in diesem Falle statistisch signifikant ist, wenn man eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 % zugrunde legt.

Ein Vergleich der Mittelwerte des Anteils der Aktiven an der Anhängerschaft ergibt folgendes Bild:

Tabelle 5.1: Parteizugehörigkeit und Anteil der Aktiven, in Prozent

Partei	Anteil Aktive	N
FDP	30.59	498
CVP	30.09	398
SVP	35.22	332
SP	38.52	468
EVP	20.27	67
LPS	32.72	53
GPS	26.38	63

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass der Anteil der Aktiven nicht nur bei der Sozialdemokratischen Partei, sondern auch bei der Schweizerischen Volkspartei überdurchschnittlich hoch ist. Es ist denkbar, dass dieser Befund auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass es der SVP in den letzten Jahren gelungen ist, an Orten wo sie zuvor nicht präsent war Lokalsektionen zu gründen. Die Überprüfung dieser Vermutung ist jedoch im Rahmen dieser Untersuchung nicht möglich. Dass der Anteil der Aktiven in SVP- und SP-Lokalsektionen höher ist, deckt sich jedoch mit der bereits geäußerten Erwartung, dass der Anteil der Aktiven in Parteien an den Polen der Links-Rechts-Skala höher sei als in den Mitte-Parteien.

Obwohl sich ein linearer Zusammenhang zwischen der Positionierung einer Partei auf der Links-Rechts-Achse und dem Anteil der Aktiven einer Lokalpartei nicht nachweisen lässt, ist diese Hypothese nicht so einfach zu falsifizieren. Zwar unterscheiden sich die Parteien, was den durchschnittlichen Anteil der Aktiven an der Anhängerschaft angeht, nur in geringem Masse voneinander, wo jedoch Unterschiede festzustellen sind, entsprechen diese ziemlich genau den Erwartungen.

Bei Parteien, die sich selber auf der Skala bei 1/2 bzw. 9/10 einordnen³⁵, ist der Anteil der Aktiven jeweils überdurchschnittlich, in der Mitte liegt er unter dem Durchschnitt:

Tabelle 5.2: Situierung der Partei und Anteil der Aktiven, in Prozent

Situierung der Partei	Anteil Aktive	N
„ganz links“ 1/2	36.59	181
3	35.35	298
4	33.24	202
5	30.18	286
6	30.40	371
7	32.23	412
8	33.65	300
„ganz rechts“ 9/10	34.86	80

Ein Blick auf den durchschnittlichen Anteil der Teilnehmer an der Parteiversammlung, gemessen an den Anhängern einer Partei, mag helfen diesen Befund einzuordnen. Tatsächlich scheint hier die Situierung einer Partei auf der Links-Rechts-Achse kaum eine Rolle zu spielen. Zwischen den einzelnen Kategorien variiert der Mittelwert des Anteils der Teilnehmer an der Parteiversammlung zwischen 27,5 % in der Mitte und jeweils rund 30 % an den Polen der Links-Rechts-Skala. Die Hypothese, dass in Parteien, welche sich an den Polen der Links-Rechts-Skala positionieren, das Partizipationspotential höher sei, kann damit nicht als bestätigt gelten.

Das Angebot an Kandidaten für die Gemeindeexekutive – Sind etablierte Parteien im Vorteil?

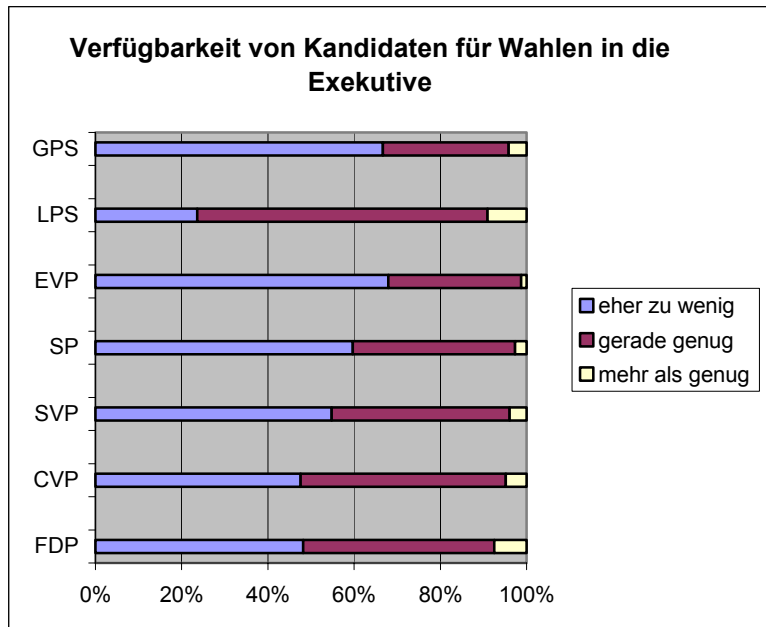
Insgesamt geben mehr als die Hälfte der befragten Parteipräsidenten an, ihre Partei verfüge eher über zu wenig Kandidaten, welche für eine Kandidatur für die Gemeindeexekutive zur Verfügung stünden. Die Überprüfung der Hypothese, wonach Parteien, die gute Chancen hätten, dass ihre Vertreter tatsächlich gewählt würden, weniger Probleme bei der Rekrutierung hätten, ist methodisch nicht ganz einfach, da die Mehrheitsverhältnisse zwischen den Parteien je nach Gemeinde stark variieren.

In einem ersten Schritt sollen die Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien betrachtet werden. Eine Interpretation muss sich hier auf zwei Aspekte konzentrieren. Zum einen wird davon ausgegangen, dass Kandidaten der vier Bundesratsparteien in der Regel bessere Chancen haben, gewählt zu werden, als Kandidaten von Nicht-Regierungsparteien. Zum anderen

³⁵ Die entsprechende Variable wurde in dieser Weise umkodiert, um für die Kategorien „ganz links“ und „ganz rechts“ Fallzahlen von über 50 zu erhalten.

ist anzunehmen, dass sich die Linke in einer Mehrzahl der Gemeinden eher in einer Minderheitenposition befindet.

Abbildung 5.1: Verfügbarkeit von Kandidaten für Exekutivwahlen nach Parteizugehörigkeit, in Prozent



Auf den ersten Blick scheinen die Ergebnisse die Hypothese zu stützen. Während jeweils rund 48% der Präsidenten von Lokalsektionen der CVP bzw. der Freisinnigen angaben, ihre Partei verfüge über „eher zu wenige“ Personen, die als Kandidaten für die Gemeindeexekutive zur Verfügung stünden, taten dies 59,6% der Präsidenten von sozialdemokratischen Lokalsektionen. Bei den Nicht-Regierungsparteien EVP und GPS gaben jeweils rund zwei Drittel der Präsidenten lokaler Sektionen an, sie bekundeten Mühe genügend Kandidaten zu finden. Insofern scheinen bessere Aussichten, tatsächlich gewählt zu werden, auf potentielle Kandidaten motivierend zu wirken.

Aus dem Rahmen fällt das Resultat der Liberalen: Nur rund ein Viertel der Parteipräsidenten gab an, ihre Lokalsektion verfüge eher über zu wenige Kandidaten. Es muss offen bleiben, ob das Ergebnis darauf zurückzuführen ist, dass die Partei zwar nicht flächendeckend präsent ist, in ihren Hochburgen aber über eine starke Position verfügt.

In einem zweiten Schritt soll die Überprüfung der Hypothese systematisch durchgeführt werden. Als Indikator für den Grad, inwieweit eine Partei in einer Gemeinde etabliert ist, wurde dabei ihr Sitzanteil in der Gemeindeexekutive errechnet und kategorisiert. Dieses Mass wurde

gewählt, weil dadurch die Effekte des Majorzwahlsystems, welches vielerorts zur Anwendung kommt, berücksichtigt werden. Das wäre hingegen, wählte man, was naheliegend erscheinen mag, den Stimmenanteil einer Partei als Mass für deren Chancen, Wahlerfolge zu erzielen, nicht der Fall.

Tabelle 5.3: Sitzanteile in der Gemeindeexekutive und Verfügbarkeit von Kandidaten (Prozentwerte)

Sitzanteil in Gemeindeexekutive	Potentielle Kandidaten für Gemeindeexekutive			
	eher zu wenig	gerade genug	mehr als genug	Total
bis 20 %	46.00	50.00	4.00	100.00
21 bis 40 %	34.78	58.70	6.52	100.00
41-60 %	43.59	56.41	0.00	100.00
61-80 %	49.21	46.03	4.76	100.00
81-100 %	50.59	43.93	5.48	100.00
Total	49.67	45.06	5.27	100.00

Die obenstehende Darstellung zeigt, dass nicht von einem systematischen Zusammenhang zwischen dem Anteil der Sitze einer Lokalpartei in der Gemeindeexekutive und dem Angebot an potentiellen Kandidaten für dieselbe auszugehen ist. Dies scheint um so erstaunlicher, bedenkt man, dass Parteien, welche bisherige Kandidaten portieren können, schon aus rein praktischen Gründen Vorteile besitzen, wenn es darum geht, neue Kandidaten zu finden. Tatsächlich aber liegt bei denjenigen Parteien, welche mehr als vier Fünftel der Sitze in der Gemeindeexekutive besetzen, der prozentuale Anteil der Parteipräsidenten, welche angeben, ihre Partei verfüge über eher zu wenige potentielle Kandidaten, am höchsten.³⁶ Eine mögliche Erklärung liegt darin, dass es fast nur in sehr kleinen Gemeinden vorkommt, dass eine Partei alle Exekutivmitglieder stellt, also dort, wo die absolute Zahl möglicher Kandidaten ohnehin klein ist.

Im folgenden Abschnitt soll auf die Auswirkungen des Faktors Gemeindegrösse auf das Partizipationspotential in Lokalparteien eingegangen werden.

Gemeindegrösse, Anteil an Aktiven und Verfügbarkeit potentieller Kandidaten

Es wurde vermutet, dass der Anteil der Aktiven an der Anhängerschaft um so höher liege, je kleiner eine Gemeinde sei. Die Werte der beiden Variablen korrelieren nur schwach mitein-

³⁶ Bei der Berechnung konnten nur Parteien aus denjenigen Gemeinden berücksichtigt werden, für welche die Gesamtzahl der in der Exekutive zu vergebenden Sitze im Datensatz greifbar ist. Entsprechend unterscheiden sich die genauen Prozentanteile leicht von den Werten, die man erhält, wenn man alle Fälle mit einschliesst.

ander (Pearson's $r = 0,077$), allerdings ist der statistische Zusammenhang signifikant auf dem 99%-Niveau. Mithilfe einer linearen Regression wurde versucht abzuschätzen, wie viel der Varianz des Anteils durch den Einfluss der Variabel „Gemeindegrösse“ erklärt werden kann. Der dabei erhaltene Wert für R^2 liegt mit 0,005 sehr tief.

Teilt man die Gemeinden nach ihrer Grösse in Kategorien ein und vergleicht die Mittelwerte des Anteils der Aktiven an der Anhängerschaft, so wird dennoch klar, dass die Hypothese nicht einfach verworfen werden kann. In Kleinstgemeinden sind über 40% der Anhänger einer Lokalpartei Aktive, ihr Anteil sinkt jedoch in urbanen Zentren mit mehr als 20'000 Einwohnern auf rund einen Fünftel. Dabei ist zu beachten, dass die durchschnittliche Zahl der Aktiven in Gemeinden mit 2'000 bis 5'000 Einwohnern nur unwesentlich höher liegt als in Gemeinden mit unter 500 Einwohnern. Parteien in Gemeinden mit unter 500 Einwohnern haben durchschnittlich 18,6 Anhänger, solche in Gemeinden mit 500-2'000 Einwohnern rund 21, in Gemeinden mit zwischen 2'000 und 5'000 Einwohnern liegt der Durchschnittswert bei 24,3. Mit anderen Worten: Es ist davon auszugehen, dass Parteien in Kleinstgemeinden mit unter 500 Einwohnern aus schierer Not einem eher exklusiven Rekrutierungsmuster folgen.

Tabelle 5.4: Einwohnerzahl und Anteil der Aktiven (Durchschnittswerte), in Prozent

Einwohnerzahl	Anteil Aktive an der Anhängerschaft
unter 500	41.88
500 bis 1999	36.49
2000 bis 4999	33.76
5000 bis 9999	30.10
10'000 bis 19'999	25.84
20'000 bis 49'999	21.24
50'000 und mehr	18.20
Total	32.99

Ein ähnliches Bild bietet sich, wenn man die Hypothese überprüft, dass Parteiversammlungen in kleineren Gemeinden attraktiver sind, da Informationen über politische Geschäfte im Ort nur im Ausnahmefall den Medien zu entnehmen sind. Korreliert man den Anteil der regelmässigen Teilnehmer an der Parteiversammlung mit der Einwohnerzahl in einer Gemeinde, ergibt sich ein Korrelationskoeffizient (Pearson's r) von -0.093 , signifikant auf dem 99%-Niveau. Auch dieser schwache Zusammenhang ist aber offenbar vor allem darauf zurückzuführen, dass in den relativ zahlreichen Gemeinden mit weniger als 2'000 Einwohnern die Zahl der Anhänger der Lokalparteien ohnehin klein ist. Kontrolliert man den Einfluss dieses Faktors, verschwindet selbst dieser schwache Zusammenhang. Dennoch ist ein Vergleich der

durchschnittlichen Teilnehmerzahlen an Parteiversammlungen sowie der durchschnittlichen prozentualen Anteile der Teilnehmer an der Parteianhängerschaft aufschlussreich.

Tabelle 5.5: Teilnahme an der Parteiversammlung nach Gemeindegrösse (Durchschnittswerte), in Prozent

Einwohnerzahl	Durchschnittliche Anzahl Teilnehmer an Parteiversammlung	Anteil an der Anhängerschaft
unter 500	14.54	35
500 bis 1999	18.53	34
2000 bis 4999	20.38	30
5000 bis 9999	22.01	26
10'000 bis 19'999	22.77	20
20'000 bis 49'999	25.11	20
50'000 und mehr	31.37	14
Total	20.27	29

Wie erwartet ist der durchschnittliche prozentuale Anteil der Teilnehmer an der Parteiversammlung in den Subgruppen ‚Gemeinden mit unter 500 Einwohnern‘ bzw. ‚Gemeinden mit zwischen 500 und 2'000 Einwohnern‘ am höchsten, was freilich nicht ausreicht, um die Hypothese als bestätigt anzusehen. Weiter erstaunen die relativ geringen Unterschiede zwischen den einzelnen Kategorien, was die absoluten Zahlen der Teilnehmer angeht. Das aktive Engagement ist auch dort, wo relativ viele Parteianhänger angesprochen werden, Sache eines relativ kleinen Kreises von 20-30 Personen, obwohl die Partizipationshürde im Falle von Parteiversammlungen relativ niedrig ist.

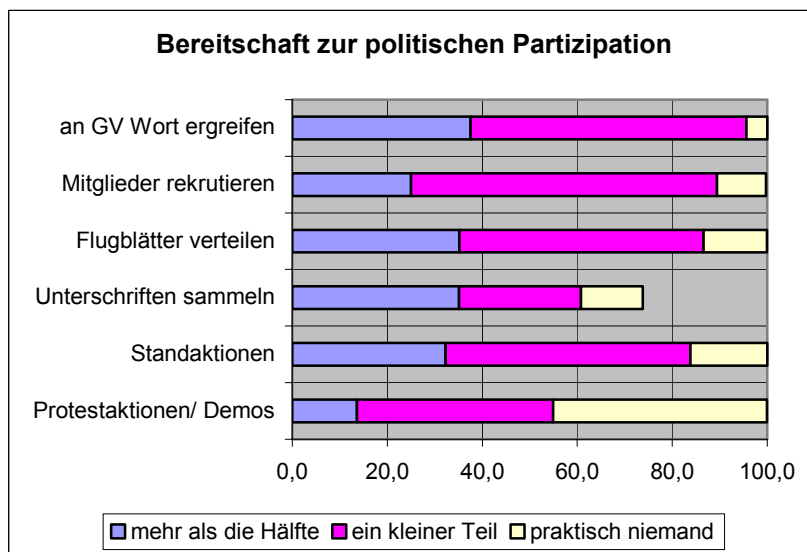
Wie wirkt nun sich die Variable Gemeindegrösse auf die Verfügbarkeit von Kandidaten für die Gemeindeexekutive aus? Wie erwartet bietet die Rekrutierung von Kandidaten in Gemeinden mittlerer Grösse Probleme. Eine deutliche Mehrheit von 55% der Parteipräsidenten aus Gemeinden mit zwischen 2'000 und 10'000 Einwohnern gibt an, es böten sich eher zu wenige Kandidaten an. Allerdings sieht die Situation in Gemeinden mit 500 bis 2'000 Personen nicht anders aus; betrachtet man die Situation in den Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern jedoch schon: Nur etwas mehr als die Hälfte der Parteipräsidenten bekundet, es stünden zu wenig Kandidaten zur Verfügung. Unproblematisch erscheint die Situation lediglich in Gemeinden mit über 20'000 Einwohnern. Herrscht in Städten mit bis zu 50'000 Einwohnern noch bei jeder dritten Lokalpartei eher Knappheit beim Angebot an Exekutivkandidaten, so beträgt dieser Anteil in Städten mit mehr als 50'000 Einwohnern gut einen Viertel.

5.2. Bereitschaft zur politischen Teilnahme und Aktionsformen

Bereitschaft zur Durchführung von Aktionen

Die Frage zu den Aktionsformen wurde in der zweiten Befragungsrunde 2002/03 etwa gleich häufig beantwortet wie in der ersten Umfrage, dabei wiederum vor allem die Frage zum ‚Flugblätter verteilen‘ und am wenigsten die Frage nach dem ‚Unterschriften sammeln‘.

Abbildung 5.2: Bereitschaft zur politischen Partizipation (Prozentwerte)



In obenstehender Abbildung wurden die Kategorien ‚praktisch alle‘ und ‚mehr als die Hälfte‘ der Übersichtlichkeit halber zusammengefasst.

Wenn man diejenige Kategorie anschaut, wo mehr als die Hälfte der Parteimitglieder zur aktiven Mitarbeit bereit sind, so liegt der Anteil der aktiven Mitglieder zur politischen Partizipation mit durchschnittlich knapp 30% wie vermutet bei allen Aktionsformen tief. Ladners Befund von 1989: „*Der Grossteil der Parteiaktivitäten, so kann geschlossen werden, lastet auf den Schultern einiger weniger Aktivisten*“³⁷ kann erneut bestätigt werden.

Leider muss im Rahmen dieser Umfrage angenommen werden, dass vor allem diejenigen Parteien, welche sich nicht daran beteiligt haben, ohnehin eine tiefere Partizipationsbereitschaft aufweisen und den Durchschnitt der Bereitschaft sogar noch weiter nach unten drücken würden.

³⁷ Ladner in Geser et al.: S. 285

Alle Aktionsformen werden also vermehrt von einem kleinen Teil von Aktiven durchgeführt, die ‚Teilnahme an Protestaktionen‘ sogar von praktisch niemandem bis wenigen Aktiven. Dagegen zeigen die beiden konventionellen Aktionsformen ‚an der Gemeindeversammlung das Wort ergreifen‘ und ‚Unterschriften sammeln‘ - wohl aufgrund der Parteiverpflichtung der einzelnen Mitglieder – am meisten Bereitschaft. Aber auch die unkonventionelle Aktionsform ‚Flugblätter verteilen‘ zeigt eine hohe Bereitschaft zur Durchführung.

Die Bereitschaft konventionelle Aktionsformen durchzuführen kann mit durchschnittlich 32.5% angegeben werden, die Bereitschaft zu unkonventionellen Aktionsformen beträgt im Mittel 27.3% und liegt somit tiefer. Der Befund widerspricht der Vermutung, dass bei den unkonventionellen Aktionsformen die Partizipationsbereitschaft grösser sei als bei den konventionellen, womit diese Hypothese nicht als bestätigt gelten kann. Die Prozentsatzdifferenz ist allerdings nicht gross. Verzerrend mag sich hier zusätzlich auswirken, dass die Zahl der im Rahmen der Befragung auswählbaren der Items begrenzt war und somit nicht alle denkbaren Aktionsformen erfasst sind.

Aktionsformen und politische Einstellung

Zuerst haben wir die verschiedenen Aktionsformen bzw. die Angabe der Teilnahmebereitschaft daran anhand von Kreuztabellen mit der Frage der Einordnung der politischen Einstellung auf der Links-Rechts-Skala verglichen. Dabei haben wir die beiden äussersten Kategorien 1/2 ‚ganz links‘ und 9/10 ‚ganz rechts‘ aufgrund der dort tiefen Fallzahlen zusammengekommen.

Tendenziell geben mehr auf der Skala mittel bis rechts eingestufte Lokalparteien eine abnehmende Bereitschaft für Aktionsformen an. Eine übersichtliche Darstellung der Daten ist für diese Berechnung kaum möglich. Eine allgemeine Aussage lässt sich nur machen, wenn man die Ausprägungen der abhängigen Variablen, in einer Partei sei ‚praktisch niemand‘ bzw. ‚ein kleiner Teil‘ oder ‚mehr als die Hälfte‘ der Parteianhänger zur Teilnahme an einer bestimmten Aktivität bereit, als Punkte auf einer kontinuierlichen Skala auffasst. In diesem Falle kann ein Korrelationskoeffizient berechnet werden.

Allgemein gefasst kann aufgrund der Berechnung des Pearson Korrelationskoeffizienten folgender Zusammenhang festgestellt werden:

Tabelle 5.6: Korrelationskoeffizienten der bivariaten Korrelation von den Aktionsformen mit der Links-Rechts-Skala

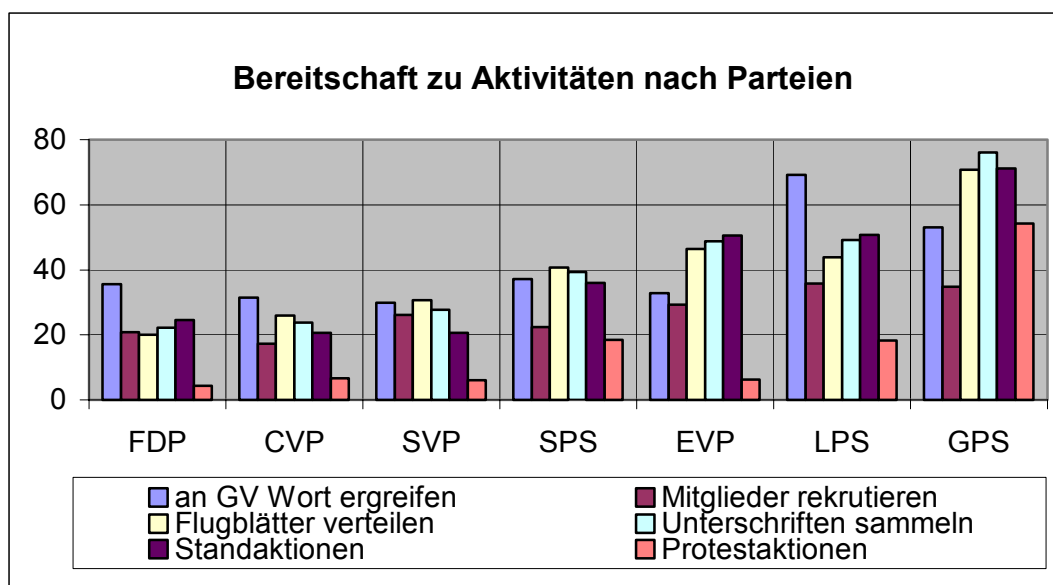
Aktionsform	Pearson's <i>r</i>
an der Gemeindeversammlung das Wort ergreifen	-0,089**
neue Mitglieder rekrutieren	-0,028
Flugblätter verteilen	-0,203**
Unterschriften für Initiativen/ Referenden/ Petitionen sammeln	-0,211**
an Standaktionen teilnehmen	-0,195**
an öffentlichen Protestaktionen teilnehmen	-0,370**

Bei allen Aktionsformen ergibt sich ein signifikant negativer Zusammenhang (ausser bei der ‚Rekrutierung neuer Mitglieder‘, jedoch ist auch hier die Negativkorrelation sichtbar) zur Links-Rechts-Skala. Dies ergibt für uns die Bestätigung unserer These: Je weiter rechts sich eine Partei auf der Orientierungsskala zur politischen Einstellung befindet, desto weniger Bereitschaft von Aktiven zur Durchführung von Aktivitäten ist vorhanden.

Aktionsformen und Parteizugehörigkeit

Betrachten wir nun die Teilnahmebereitschaft an verschiedenen Aktionsformen konkret aufgeschlüsselt nach einzelnen Parteien:

Abbildung 5.3: Bereitschaft zur Teilnahme an Aktivitäten (Prozentwerte) nach Parteien



Bei den vier Bundesratsparteien liegt in den Lokalsektionen die Aktionsbereitschaft eher bei den konventionellen Aktionsformen, wobei die unkonventionelle Aktionsform ‚Teilnahme an

Protestaktionen' extrem stark abfällt. Anders bei den Nicht-Bundesratsparteien, diese verzeichnen tendenziell mehr Aktionspotential, allen voran die Grünen, und dies hauptsächlich bei den unkonventionellen Aktionsformen.

Bei diesen empirischen Ergebnissen stimmt Ladners Aussage nach wie vor: „*Auch die übrigen Aussenseiterparteien verfügen teilweise über ein grösseres Partizipationspotential als die drei bürgerlichen Bundesratsparteien.*“³⁸ Er erklärt diesen Umstand mit der Stellung dieser Lokalparteien und –gruppierungen innerhalb der Gemeinde.

Ebenfalls wird Ladners These, dass bei der SP und anderen oppositionellen Gruppierungen und bei Aussenseiterparteien eine grössere Bereitschaft zu unkonventionelleren politischen Aktivitäten zu erwarten ist, „*da ihnen aufgrund der Mehrheitsverhältnisse mit den konventionellen Partizipationsformen geringere Einflussmöglichkeiten beschieden sind*“³⁹, wird hiermit auch bei der zweiten Befragung der Lokalparteien bestätigt.

Allerdings, muss hier eingeräumt werden, „*sind Aktivisten, die bereit sind, an Protestaktionen und Demonstrationen teilzunehmen auch in grösserem Masse bereit, sich konventionell zu betätigen. Das Beispiel der bürgerlichen Parteien zeigt aber, dass eine grosse Bereitschaft zur konventionellen Partizipation nicht zwangsläufig in unkonventionellen Formen der Beteiligung münden muss.*“⁴⁰

Aktionsformen und Gemeindegrösse

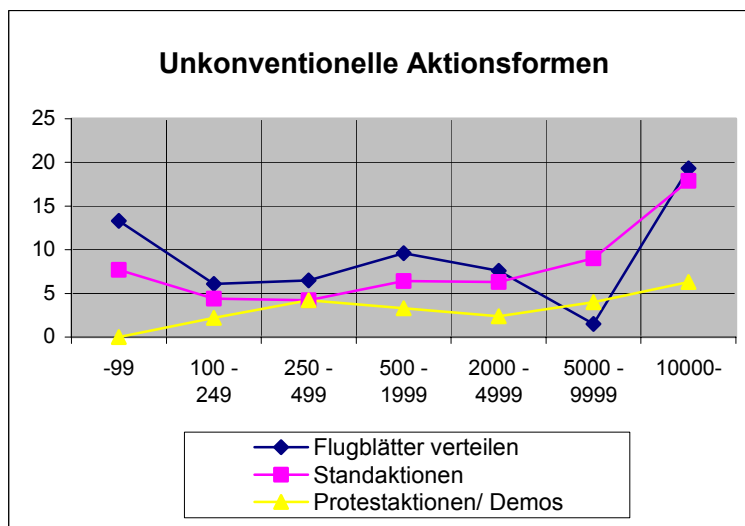
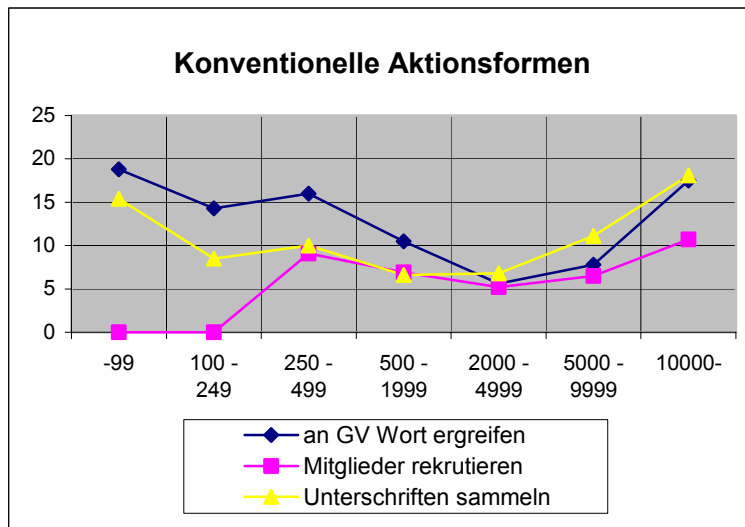
Schliesslich betrachten wir die Bereitschaft der aktiven LokalparteiAnhänger im Zusammenhang mit dem externen Faktor Gemeindegrösse. Vermutet wurde, dass die Bereitschaft politisch aktiv zu werden grösser ist, je kleiner die Gemeinde. Zudem wurde die Hypothese aufgestellt, dass mit zunehmender Gemeindegrösse die Partizipationsbereitschaft bei den unkonventionellen Aktionsformen steigt.

³⁸ Ladner in Geser et al.: S. 290.

³⁹ Ladner in Geser et al.: S. 287.

⁴⁰ Ladner in Geser et al.: S. 291.

Abbildungen 5.4 und 5.5: Konventionelle und unkonventionelle Aktionsformen nach Gemeindegrösse (Prozentwerte)



Interessanterweise ist die Aktionsbereitschaft der Lokalparteien jeweils bei sehr kleiner (bis 100) und bei sehr grosser (10'000 und mehr) Einwohnerzahl am grössten. Die Hypothese muss also insofern relativiert werden, als dass sehr kleine Gemeinden keine Medienpräsenz als Mittel der Kommunikation benötigen, sondern der Aufwand zur Kenntnisnahme der Öffentlichkeit – bedingt durch die überschaubare Gemeindegrösse – bereits gering und somit die Aktionsbereitschaft eher gross ist.

Bei den konventionellen Aktionsformen sind die Linien in der Grafik U-förmig angeordnet. In sehr kleinen als auch in sehr grossen Gemeinden ist also die Bereitschaft an konventionellen Aktionen teilzunehmen grösser als in mittelgrossen Gemeinden. Eine Ausnahme bildet die Aktionsform der Mitgliederrekrutierung, bei welcher die Bereitschaft in sehr kleinen Gemeinden klein ist. Offensichtlich werden dort Kontakte auf informelle Weise geknüpft.

Anhand unserer empirischen Berechnungen können wir mit der zunehmenden Gemeindegrösse eine starke Zunahme der unkonventionellen Aktionsformen feststellen.

Ladner begründet dies wie folgt: *„In grossen Gemeinden und Städten ist der Aufwand deutlich grösser und die Zusammenarbeit mit Massenmedien unumgänglich, um von einer breiteren Öffentlichkeit überhaupt zur Kenntnis genommen zu werden, während in kleinen Gemeinden eine grosse Präsenz der lokalen Medien geradezu als störend empfunden werden könnte.“*⁴¹

Demnach sind unkonventionelle Aktionsformen umso erfolgsversprechender, je mehr die Lokalparteien auf Medienpräsenz angewiesen sind. Unkonventionelle Aktionen erscheinen in diesem Verständnis vorab als kommunikative Akte.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass in kleinen Gemeinden die Parteien vor allem über die Gemeindeversammlung, die Teilnahme an Wahlen und gesellschaftlichen Anlässen präsent ist, während in den grösseren Gemeinden und Städten neben Wahlen auch Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und das direkte Rekrutieren von Mitgliedern eine grössere Rolle spielen.

5.3 Aktionsformen im Wandel – Parteizugehörigkeit und Gemeindegrösse

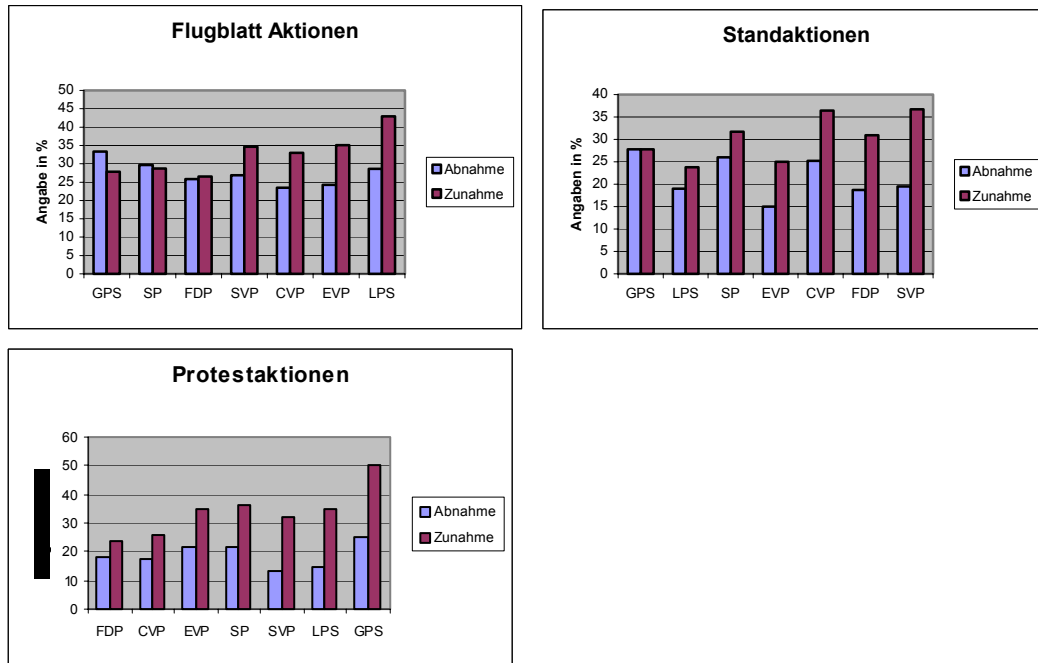
Nach dem Teil zur Aktionsbereitschaft soll nun die Frage erörtert werden, was sich bei der Beteiligungsbereitschaft an verschiedenen Aktionsformen über die letzten zehn Jahre verändert hat. Dazu benutzen wir weiterhin die Terminologie der konventionellen, respektive der unkonventionellen Aktionsformen.

Errechnet wurde jeweils, in wie vielen Prozent der Lokalparteien die Bereitschaft an einer bestimmten Aktivität teilzunehmen abgenommen, in wie vielen sie zugenommen hat. Wenn in der Folge von einem Nettozuwachs beziehungsweise einem Nettorückgang die Rede ist, so wird dieser aus der Prozentsatzdifferenz berechnet.

⁴¹ Ladner in Geser et al.: S. 281

Beteiligungsbereitschaft der Parteien im Wandel

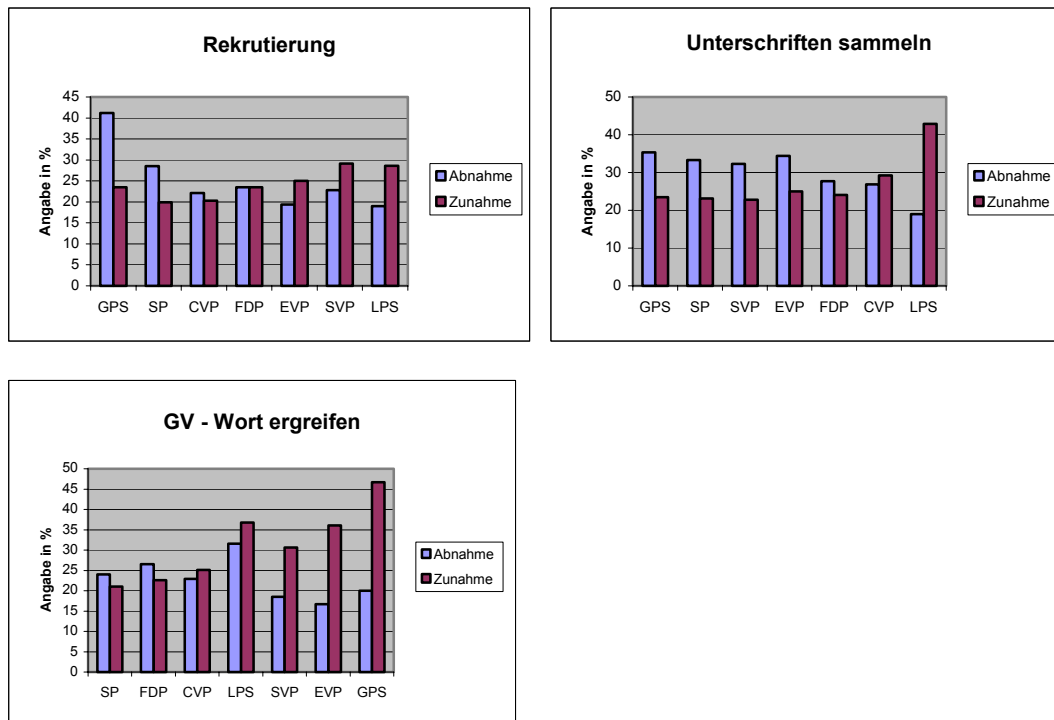
Abbildungen 5.6 – 5.8: Unkonventionelle Aktionsformen im Wandel nach Parteien (Prozentwerte)



Der in den Medien vielfach vermittelte Eindruck, die SVP habe ihre Bemühungen um Wähler intensiviert und ihr Repertoire der Aktivitäten dazu erweitert, bestätigt sich. Sie weist bei allen unkonventionellen Aktionsformen einen offensichtlichen Zuwachs von 8% - 18% aus.

Generell fällt auf, dass bei keiner Partei die Bereitschaft zu unkonventionellen Aktionen abgenommen hat. Eine Ausnahme bilden, betrachtet man das Item ‚Flugblätter verteilen‘, ausgerechnet diejenigen Parteien, welchen man die grösste Nähe zu den Neuen Sozialen Bewegungen zuschreibt, nämlich die Grünen und die SPS. Dennoch kann daraus nicht der Schluss gezogen werden, die GPS habe sich von ihrer Vergangenheit als „Bewegungspartei“ grundsätzlich entfernt. Die Bereitschaft ‚an Protestaktionen teilzunehmen‘ hat bei den Grünen so stark zugenommen wie bei keiner anderen Partei.

Abbildungen 5.7. – 5.9: Konventionelle Aktionsformen im Wandel nach Parteien (Prozentwerte)

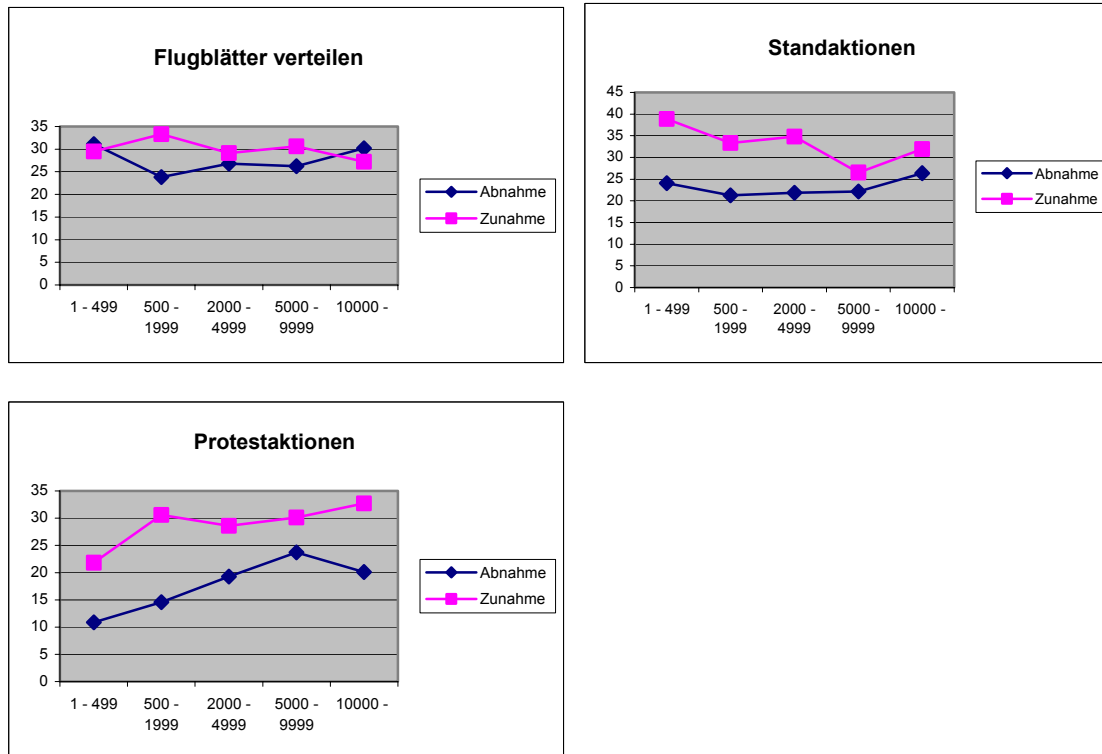


Was die konventionellen Aktionsformen angeht, ist eine Integration der Grünen insofern erkennbar, als dass die Bereitschaft, ‚an der Gemeindeversammlung das Wort zu ergreifen‘, stark zugenommen hat. Ob dies auf eine vermehrte Präsenz der Partei in Gemeinden mit Gemeindeversammlung zurückzuführen ist oder auf die Tatsache, dass die direkte Demokratie den basisdemokratischen Ansprüchen der grünen Bewegung entgegenkommt muss hier offen bleiben. Bei der klassischen Parteiarbeit wie ‚Sammeln von Unterschriften‘ oder ‚Rekrutierung neuer Mitglieder‘ ist das Partizipationspotential jedoch gesunken. Die Hypothese, konventionelle Aktionsformen hätten bei den Grünen generell an Akzeptanz gewonnen, lässt sich demnach nicht halten.

Insgesamt bestätigt sich die Hypothese, wonach unkonventionelle Aktionsformen an Akzeptanz gewonnen haben. Gerade bei den bürgerlichen Parteien ist dieser Trend klar zu erkennen. Dabei sollte jedoch nicht vergessen gehen, dass insgesamt gesehen die Bereitschaft konventionelle Aktivitäten durchzuführen immer noch höher liegt. Es gibt von daher keinen Grund der institutionellen Politik die Fähigkeit zur Integration abzusprechen.

Unkonventionelle Beteiligungsbereitschaft nach Gemeindegrösse im Wandel

Abbildungen 5.8 – 5.10: Unkonventionelle Aktionsformen im Wandel nach Gemeindegrösse (Prozentwerte)



Schlüsselt man nach Gemeindegrösse auf, wie stark die Bereitschaft an unkonventionellen Aktionen teilzunehmen zugenommen hat, zeigt sich ein interessantes Muster. Offensichtlich betrifft der Wandel hin zu diesen neuen Formen der Kommunikation mit der politischen Öffentlichkeit im untersuchten Zeitraum vorab Gemeinden zwischen 500 und 5'000 Einwohnern. Allerdings ergeben sich zwischen den einzelnen Items gewisse Unterschiede: ‚Flugblätter verteilen‘ hat vorab in Gemeinden mit zwischen 500 und 2'000 Einwohnern an Akzeptanz gewonnen. ‚Standaktionen‘ sind auch in Gemeinden mit bis zu 500 Einwohnern beliebter geworden, eventuell liegt das daran, dass sich unter dem Begriff theoretisch auch typisch dörfliche Aktionen wie etwa Kuchenverkäufe subsumieren lassen. In Gemeinden mit 10'000 oder mehr lag die Bereitschaft zur ‚Durchführung von Standaktionen‘ 1989 fast doppelt so hoch wie in Gemeinden mit unter 5'000.⁴² Entsprechend scheint hier ein gewisser Plafond erreicht. Schwer interpretierbar ist die Entwicklung beim Item ‚an Protestaktionen teilnehmen‘. Zwar scheinen diese in Gemeinden mit weniger als 2'000 Einwohner heute akzeptierter, der Nettowachstum für Gemeinden zwischen 2'000 und 5'000 Einwohnern entspricht jedoch fast genau

⁴² Ladner in Geser et al., S. 286

demjenigen in den Städten. Die Hypothese, dass sich eine Protestkultur in kleinräumigeren politischen Gemeinwesen erst entwickle, während dies in den Städten bereits geschehen sei, lässt sich somit empirisch nur bedingt bestätigen.

6. Fazit

Personen, welche bereit sind sich aktiv innerhalb einer Gruppierung zu engagieren, gehören zu den wichtigsten Ressourcen der Lokalparteien.

In der vorliegenden Untersuchung wurde der Versuch gemacht die Frage zu beantworten, ob Unterschiede zwischen den einzelnen Lokalparteien, was die Bereitschaft ihrer Anhänger sich für die Partei zu engagieren und die Form ihres Engagements angeht, als Folge der unterschiedlichen politischen Positionierung der Partei zu verstehen sind, oder ob die Grösse der Gemeinde als entscheidender Faktor anzusehen ist.

Bemisst man das Partizipationspotential in einer Lokalpartei am prozentualen Anteil der Aktiven an der Anhängerschaft, so sind sowohl hinsichtlich der Gemeindegrösse wie auch der politischen Positionierung nur sehr schwache lineare Zusammenhänge feststellbar. Zumindest der Faktor Gemeindegrösse muss aber dennoch als relevant betrachtet werden. Entscheidend ist, dass die absolute Zahl der Aktiven in Gemeinden mit bis zu 5'000 Einwohnern relativ konstant ist. Entsprechend höher liegt in kleinen Gemeinden der Anteil der Aktiven.

Die politische Positionierung scheint demgegenüber eine zweitrangige Rolle zu spielen. Die Hypothese, wonach exklusive Rekrutierung eine Besonderheit der Linken sei, lässt sich nicht bestätigen. Zwar liegt der Anteil der Aktiven bei der SP über demjenigen bei den Mitteparteien. Der mit rund 26% unterdurchschnittliche Wert für die vorab in urbanen Gebieten vertretene GPS lässt sich jedoch nur dahingehend interpretieren, dass die Auswirkungen einer allfälligen Tendenz der Linken zu exklusiver Rekrutierung durch den Einfluss der Variable Gemeindegrösse mehr als kompensiert werden. Der überdurchschnittliche Anteil der Aktiven an der Anhängerschaft in SVP-Lokalsektion ist eher als Folge der Präsenz der Partei auch in Gemeinden mit wenigen hundert Einwohnern, etwa im Kanton Bern, sowie möglicherweise mit Neugründungen von Lokalsektionen (mit einem bestimmten Anteil an hoch motivierten ‚Pionieren‘) zu verstehen, denn als Bestätigung der Hypothese, Parteien an den Polen der Links-Rechts-Skala verfügten über ein grösseres Partizipationspotential. Teilt man die Lokal-

sektionen anhand ihrer Positionierung auf der Skala in Kategorien ein, wird zwar ein derartiger Zusammenhang sichtbar. Die Durchschnittswerte in den einzelnen Kategorien weichen jedoch nur in relativ geringem Masse voneinander ab.

Die Bereitschaft an Aktivitäten der Lokalpartei teilzunehmen, ist in linken und oppositionellen Parteien höher als bei den Bürgerlichen. Dies gilt sowohl für konventionelle als auch für unkonventionelle Aktionsformen. Letztere sind nach wie vor in erster Linie eine Angelegenheit linker und oppositioneller Parteien in Städten. Während bei FDP, CVP und SVP der Anteil der Parteipräsidenten, welche angaben, unter ihren Parteianhängern sei ‚praktisch niemand‘ bereit an einer Protestaktion teilzunehmen, in Gemeinden mit mehr als 10'000 Einwohnern fast ebenso deutlich über 50% liegt wie in Gemeinden der anderen Grössenkategorien, so liegt der entsprechende Wert für die SP im Durchschnitt bei 17,2%, wobei mit zunehmender Gemeindegrösse die Bereitschaft zur Teilnahme unter den SP-Anhängern steigt. Generell sind Parteianhänger in Städten viel eher bereit an unkonventionellen Aktionen teilzunehmen. Was konventionelle Aktionsformen angeht, liegt die Bereitschaft zur Teilnahme bei denjenigen Parteien am tiefsten, welche sich in Gemeinden mit zwischen 2'000 und 5'000 Einwohnern befinden.

Die Bereitschaft, an Protest und Standaktionen teilzunehmen, hat nach Aussage der befragten Parteipräsidenten in mehr Lokalsektionen zu- als abgenommen. Dieser Befund gilt interessanterweise für Gemeinden aller Grössen, und für alle sieben Parteien, für welche ausreichende Fallzahlen vorlagen. Von einem Wandel hin zu neuen Aktionsformen kann dennoch nur bedingt die Rede sein. Für eine Abwendung von konventionellen Aktionsformen gibt es keine eindeutigen Hinweise. Noch immer liegt bei ihnen die Partizipationsbereitschaft höher.

Wenn also von einem „Wandel der Partizipation“ innerhalb von Lokalparteien die Rede sein soll, so ist damit vor allem eine - wenn auch relativ langsame - Erweiterung des Spektrums an möglichen Aktivitäten der Parteien gemeint.

7. Literaturverzeichnis

Alemann, Ulrich von (Hrsg.) (1975): Partizipation. Demokratisierung. Mitbestimmung. Problemstellung und Literatur in Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft. Eine Einführung. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Bassand, Michel (1974): Urbanisation et pouvoir politique. Genève: Librairie de l'Université Georg et Cie S. A.

Bassand, Michel und R. Perrinjaquet (1986): La politique locale. In: Handbuch politisches System der Schweiz, Bd. 3. Bern: Haupt.

Brand, K.W. (1982): Neue Soziale Bewegungen. Entstehung, Funktion und Perspektive neuer Protestpotentiale. Eine Zwischenbilanz. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Burger, Rudolf (1979): Vom Kandidaten zum Einwohnerrat. Untersuchungen zur repräsentativen Demokratie auf Gemeindeebene in den Kantonen Aargau und Basel-Land. Frauenfeld: Verlag Huber.

Buse, Michael, Wilfried Nelles und Reinhard Oppermann (1977): Determinanten politischer Partizipation. Theorieansatz und empirische Überprüfung am Beispiel der Stadtsanierung Andernach. Meisenheim am Glan: Hain.

Detterbeck, Klaus (2002): Der Wandel politischer Parteien in Westeuropa: eine vergleichende Untersuchung von Organisationsstrukturen, politischer Rolle und Wettbewerbsverhalten von Grossparteien in Dänemark, Deutschland, Grossbritannien und der Schweiz, 1960-1999. Opladen: Leske + Budrich.

Geser, Hans et al (1987): Gemeindepolitik zwischen Milizorganisation und Berufsverwaltung: Vergleichende Untersuchung in 223 Deutschschweizer Gemeinden. Bern: Haupt.

Geser, Hans (1991): Organisierte Gruppen in der Gemeindepolitik. In: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft 31/1991: 87-108.

Geser, Hans et al. (1994): Die Schweizer Lokalparteien. Zürich: Seismo.

Jeggle, Urs und Albert Ilien (1978): Die Dorfgemeinschaft als Not- und Terrorzusammenhang. In: Wehling, H.-G. (Hrsg.). Dorfpolitik. Opladen: Leske + Budrich.

Kitschelt, Herbert (1990): New Social Movements and the Decline of Party Organization. In: Dalton, R. J. and M. Küchler (Eds.): Challenging the Political Order. Cambridge: Polity Press: 179-208.

Klein, Armin (1979): Parteien und Wahlen in der Kommunalpolitik. In: Gabriel, Oscar (Hrsg.): Kommunalpolitik im Wandel der Gesellschaft. Königstein/Ts.: Hain.

Kriesi, Hanspeter et al. (1981): Politische Aktivierung in der Schweiz. 1945 - 1978. Diessenhofen: Rüeegger.

Kriesi, Hanspeter (1986): Perspektiven neuer Politik: Parteien und neue soziale Bewegungen. In: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft 26/1986: 333-350.

Ladner, Andreas (1991a): Politische Gemeinden, kommunale Parteien und lokale Politik. Eine empirische Untersuchung in den Gemeinden der Schweiz. Zürich: Seismo.

Ladner, Andreas (1991b): Direkte Demokratie auf kommunaler Ebene – die Beteiligung an Gemeindeversammlungen. In: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft 31/1991.

Ladner, Andreas (2002): Parteien im Wandel. Skript im Rahmen der Vorlesung. Universität Bern: Institut für Politikwissenschaften.

Levy, René und Laurent Duvanel (1984): Politik von unten. Bürgerprotest in der Nachkriegschweiz. Basel: Lenos.

Linder, Wolf (1999): Schweizerische Demokratie: Strukturen. Prozesse. Perspektiven. Bern: Haupt.

Lipset, Seymour M. (1960): Political man: the social bases of politics. New York.

Meylan, Jean (1987): Die Schweizer Gemeinden. Lausanne.

Nassmacher, K. H. (Hrsg.) (1977): Kommunalpolitik und Sozialdemokratie: Der Beitrag des demokratischen Sozialismus zur kommunalen Selbstverwaltung. Bonn: Neue Gesellschaft GmbH.

Nassmacher, K. H. und W. Rudzio (1978): Das lokale Parteiensystem auf dem Lande. In: Wehling, H.-G. (Hrsg.). Dorfpolitik. Opladen: Leske + Budrich.

Neidhardt, Friedhelm (1994): Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung und soziale Bewegungen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34: 7-41.

Neidhart, Leonhard (1986): Funktions- und Organisationsprobleme der schweizerischen Parteien. In: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft 26/1986.

Niedermayer, Oskar und Hermann Schmitt (1983): Sozialstruktur, Partizipation und politischer Status in Parteiorganisationen. In: Politische Vierteljahresschrift 24(3), Jahrgang 1983: 293-310.

Olson, Mancur (1968): Die Logik des kollektiven Handelns: Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen. Tübingen.

Oser, Fritz und Roland Reichenbach (2000): Politische Bildung in der Schweiz. Schlussbericht. In: EDK-Schriftenreihe ‚Studien und Berichte‘; 11A. Biel: Schüler AG.

Schmidt, Manfred G. (1995): Wörterbuch zur Politik. Stuttgart: Kröner (Kröners Taschenausgabe; Bd 404).

Schuster, Franz (Hrsg.) und Günter W. Dill (Hrsg.) (1992): Aufgaben der Kommunalpolitik in den 90er Jahren (Bände 1, 3, 5). Berlin: W. Kohlhammer.

Sievert, H.-Jörg (1978): Der Verein. Zur lokalpolitischen und sozialen Funktion der Vereine in der Gemeinde. In: Wehling, H.-G. (Hrsg.). Dorfpolitik. Opladen: Leske + Budrich.

Steiner, Jürg (1961): Die Anteilnahme der Stimmbürger am politischen Leben ihrer Gemeinde. Eine staatssoziologische Untersuchung am Beispiel der Gemeinde Belp im Kanton Bern. (Berner Beiträge zur Soziologie, Bd. 5) Bern: Haupt.

Uebersax, Peter (1991): Betroffenheit als Anknüpfung für Partizipation. Herleitung eines Modells der Betroffenheitsbeteiligung mit besonderer Behandlung des Aspekts örtlicher Betroffenheit. Basel: Helbing & Lichtenhahn.

Universität Zürich, soziologisches Institut: Vierzehn Jahre politischer Wandel. Ergebnisse einer Längsschnittstudie bei 2'500 lokalen Parteisektionen (1989-2003). URL: <http://www.socio.ch/par> [Stand 30. August 2003].

Vandamme, Ralf (2000): Basisdemokratie als zivile Intervention: der Partizipationsanspruch der neuen sozialen Bewegungen. In: Forschung Politikwissenschaft Bd. 76. Frankfurt am Main: Leske + Budrich.

Voigt, Rüdiger (Hrsg.) (1984): Handwörterbuch zur Kommunalpolitik. (Studienbücher zur Sozialwissenschaft 50). Opladen: Westdeutscher Verlag.